Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2 Fernsprech-Sammelnummer 17259 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 18888, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17259 • Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 5—6 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg.	Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) • In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises • Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen	Dresden Mittwoch, 20. Januar 1926	Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1.25 RM. • Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition	Nr. 16

Sächsische Demokraten im Lutherkabinett

Die neue Scharfmacherregierung des Bürgerblocks

Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Das Kabinett der Mitte unter der Führung Luthers ist gestern abend gebildet worden, nachdem Hindenburg an die Vertreter der Volkspartei, der Demokraten, der Bayrischen Volkspartei und des Zentrums einen letzten Appell zur Einigung an diese Vertreter der Ausbeuterparteien gerichtet hatte. Im Anschluß an diese Besprechungen der Parteiführer bei Hindenburg legte Dr. Luther folgende Ministerliste vor:

Reichskanzler: **Dr. Luther**, **Aeußeres: Dr.** Stresemann, **Inneres: Dr. Külz**, **Finanzen: Dr. Reinhold**, **Wirtschaft: Curtius**, Arbeitsminister: **Dr. Brauns**, **Justiz: Marx**, Reichswehr: **Geßler**, **Post: Stingl**, **Verkehr:** Krohne, **Ernährung: vorläufig noch unbesetzt.**

Die demokratische Reichstagsfraktion, die gestern in einer einstimmig angenommenen Entschließung erklärte, trotz des Einspruches der Bayrischen Volkspartei nicht auf ihre Wünsche zur Besetzung des Innenministeriums durch ihren Parteivorsitzenden **Koch** zu verzichten, hat, wie der „Dresdner Anzeiger" heute früh berichtet, in ihrer Fraktionssitzung beschlossen, auf die Besetzung des Innenministeriums durch Koch zu verzichten. Sie erklärt sich mit der Besetzung dieses Ministeriums durch den Abgeordneten Külz einverstanden und gab heute nacht folgendes Communiqué aus:

„Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der **Kabinettsbildung** aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus partikularistischen Gründen hervorgegangenen Einspruchs der Bayrischen Volkspartei gegen die Ernennung des Fraktionsvorsitzenden eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung Beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklich zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem Kabinett nicht angehören zu wollen und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat und nachdem durch die Berufung des Abgeordneten Dr. Külz an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt des Fraktionsvorsitzenden in vollem Umfange teilt, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgesehenen Kabinetts zu, damit im Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Kabinett sofort zustande kommen kann."

Die „Rote Fahne" schreibt heute morgen zur Kabinettsbildung: „Das zweite Kabinett Luther stellt sich also nach dieser Zusammensetzung als **ein Kabinett der Reaktion** dar, das **vollkommen beherrscht ist von den Monarchisten und rücksichtslosen arbeiterfeindlichen Scharfmachern.**" Die „Leipziger Volkszeitung" hat absolut recht, wenn sie schreibt, es ist der **Großbürgerblock mit demokratischer Seitendeckung.** Er wird mit noch größerer Rücksichtslosigkeit das Nationalisierungsprogramm des Reichsverbandes der Industrie fördern. Der „Dresdner Anzeiger" meldet zur Regierungsbildung, daß am Donnerstag wahrscheinlich die Regierungserklärung abgegeben wird, so daß am Sonnabend mit der Abstimmung über die Regierungserklärung gerechnet werden kann. Es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Sozialdemokraten und auch der größte Teil der Deutschnationalen durch Stimmenthaltung der Regierung der Mitte eine Mehrheit sichern werden, der nur etwa 60 Stimmen der Kommunisten und Völkischen gegenüberstehen. Die SPD. wird damit also, wie auch aus der „Dresdner Volkszeitung" von gestern abend zu ersehen ist, diesem Kabinett der Mitte die Existenz ermöglichen und praktisch die Verantwortung für die Politik dieses Ausbeuterkabinetts übernehmen.

Dr. Külz Minister für „Ruhe und Ordnung"

Nach der von der bürgerlichen Presse veröffentlichten Ministerliste wird das Kabinett der Mitte in dem als Innenminister vorgesehenen Bürgermeister Külz, Dresden, ein würdiges Mitglied dieses Ausbeuterkabinetts erhalten. Dr. Külz war vor seiner Berufung als Bürgermeister von Dresden Oberbürgermeister von Zittau. Dort wurde er gegen den Fortschrittler Roth-Burgstädt gewählt, den der reaktionäre Kreishauptmann damals nicht bestätigt hatte. Külz trägt die Verantwortung für das Eingreifen der Polizei gegen die Erwerbslosen-Demonstrationen 1922 in Zittau, bei der Tote und Verwundete nach der Polizei-Attacke die Straßen Zittaus bedeckten. In Dresden kam Külz als Bürgermeister mit Hilfe der Sozialdemokraten ans Ruder, die seinerzeit mit dem Bürgertum ein Abkommen getroffen hatten, daß sie den dritten Bürgermeister erhalten würden, wenn der zweite für die Demokraten reserviert bliebe. Als Finanzdezernent hat sich Külz in Dresden als guter Vertreter der Kapitalisten bewährt. In der Cuno-Periode zeigte er sich als Mann der Notenpresse. Für alle reaktionären Bestrebungen hatte er Geld übrig. Für das nationalistische Sängerfest bewilligte er 125 000 Mark und für die Infanterieschule, den Hort der Reaktion, hatte er eine Million Mark übrig. Dafür lehnte er die Forderungen der Kommunisten ab, außer der Mietzinssteuer öffentliche Mittel für den Wohnungsbau zu verwenden. Seine letzte Tat als Finanzdezernent bestand darin, die haushaltplanmäßigen Mittel für Schule und Wohlfahrt um ein Viertel zu kürzen. Er geht als würdiges Mitglied dieser Kapitalistenregierung nach Berlin.

Dr. Dehne Finanzminister in Sachsen?

Wie der „Dresdner Anzeiger" heute morgen berichtet, wird nach der Berufung Reinholds zum Reichsfinanzminister als Leiter des sächsischen Finanzministeriums der demokratische Landtagsabgeordnete Ministerialdirektor a. D. der Geheimrat Dr. Dehne Nachfolger Dr. Reinholds werden. Mit der Berufung Dr. Dehnes wird die im Abbau begriffene sächsische Koalitionsregierung eine würdige Ergänzung erhalten. Dehne hat sich während der Periode der sächsischen Koalitionsregierung als einer der Hauptmacher des reaktionären Kurses erwiesen. Durch Dr. Dehne fand die Justizreaktion der Koalitionsregierung eine ihrer stärksten Stützen im Landtag. Die Berufung Dr. Dehnes als Leiter des Finanzministeriums bedeutet eine weitere Verstärkung des reaktionären Einflusses der Bürgerlichen in der Regierung Heldt-Bünger.

Der Etat des Freistaates Sachsen

Neue Lasten für die Steuerzahler

K. R. Am kommenden Donnerstag wird der Finanzminister seine Etatrede halten. Die kommunistische Fraktion hatte verlangt, daß diese Regierung nicht mehr über den Etat reden, sondern zum Teufel gehen solle. Die Kommunisten verlangten deswegen, daß am Donnerstag zuerst über den Auflösungsantrag der Kommunisten verhandelt werde. In noch größerem Maße wie bisher haben die Arbeiter Sachsens, insbesondere die SPD.-Arbeiter, die Auflösung dieses Landtages gefordert. Die KPD.-Fraktion verlangte, daß die Vertreter im Landtag diesen Forderungen Rechnung tragen. Würde der Antrag auf Auflösung angenommen, dann wäre das ganze Gerede zum Etat überflüssig. Jedoch die Parteien der Koalition, einschließlich der Deutschnationalen, haben noch nicht die Absicht, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Sie lehnten deswegen die Forderung der Kommunisten, am Donnerstag den Auflösungsantrag zu behandeln, ab. So wird denn der Finanzminister Reinhold zum Etat reden. Schon in Artikeln in der Zeitung und auch in den Bemerkungen des Etats soll den Sachsen klar gemacht werden, daß der Etat balanziert. In Wirklichkeit aber, wir haben schon einmal darauf hingewiesen, handelt es sich nur um die Hinausschiebung von Zahlungen auf viele Jahre. So steht neben dem ordentlichen Haushaltplan, der mit 316 434 050 Reichsmark Einnahmen und Ausgaben balanziert wird, ein außerordentlicher Etat, in dem 25 710 000 Reichsmark als Schulden offen stehen. Dazu kommt, daß für eine Anzahl Ausgaben nur Teilbeträge eingesetzt sind. So sind für den Bau der Staatsstraßen 10 000 000 Reichsmark eingesetzt. In Wirklichkeit kostet der Bau 60 Millionen Mark. Der Betrag soll über 6 Jahre verteilt werden. In Dresden soll eine staatliche Fernsprechgroßanlage gebaut werden, zu welchem Zwecke, ist noch schwer ersichtlich. Wir vermuten, daß sich unter dem harmlosen Namen die von Kühn lange geplante Polizeialarmanlage versteckt. Für diese sind 200 000 Reichsmark eingesetzt. Im ganzen kostet die Anlage 775 000 Mark. So macht die Regierung, um ihren Etat zu balanzieren, Schulden auf die Zukunft. Des weiteren werden eine Anzahl Ausgaben aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Etat verwiesen. So 4 Millionen für Umbau von Schulhäusern. Die Kosten für unvorhergesehene Ausgaben werden auf 1 050 460 Mk. beschränkt, so daß jede Verbesserung der sozialen Ausgaben von Anfang an abgeschnitten werden soll. Ein Betrag für eventuell notwendige Besoldungserhöhung ist überhaupt nicht eingesetzt. Anderseits sind aber die zu erwartenden Zuwendungen aus dem Reich so hoch eingestellt, daß es sehr fraglich ist, ob diese wirklich in der angesetzten Höhe eingehen. Die Regierung erwartet an Steuerüberweisungen 101 030 000 Mk., das sind 11 980 000 Mk. mehr wie im Vorjahre. Aber auch an Landessteuern sollen 10 330 000 Mk. mehr herausgepreßt werden wie im Jahre 1925. Aus der Nutzung der Staatsvermögen sollen 5 502 600 Mk. mehr fließen. Um auszureichen, setzt die Regierung den Anteil des Staates an der Aufwertungssteuer von 10 auf 11 herauf. Bisher bekam der Staat von der Aufwertungssteuer 10/27 und die Gemeinden 17/27. Jetzt soll die Aufwertungssteuer um 3 Prozent erhöht werden. Davon will der Staat dann 1 Prozent für sich erfassen. Durch die oben angeführten Maßnahmen und durch die Verminderung der Beamtenstellen sollen dann die Zuschüsse um 13 Millionen Mark herabgesetzt werden. Insgesamt werden 88 Beamtenstellen eingespart.

Die Balanzierung des Etats soll also erreicht werden auf Kosten der Steuerzahler und durch den Abbau von Beamten und Angestellten, sowie durch Umgruppierung der Ausgaben auf den außerordentlichen Etat. Gewiß versucht die Regierung, überall die Ausgaben etwas herabzusetzen. Bezeichnend ist aber, daß gerade bei den sozialen Ausgaben gespart wird. Dagegen sind die Ausgaben für die Kirche erhöht worden. Die Evangelische Kirche erhält 950 630 Mk., das ist 73 615 Mk. mehr wie im Vorjahre, und auch die Katholische Kirche bekommt ein Mehr von 2254 Mk. Der gewaltige Unterschied in den Ausgaben für die Polizei und Gerichte einerseits und die Sozialfürsorge anderseits bleibt auch in diesem Etat selbstverständlich bestehen. Für die Gerichte werden ausgegeben 33 853 000 Mk., für die Polizei 45 174 250 Mk. Dagegen für die Heil- und Pflegeanstalten nur 10 261 250 Mk., für das Landesgesundheitsamt gar nur 119 620 Mk., für öffentliche Gesundheitspflege 240 110 Mk., für Medizinalpolizei 499 960 Mk. und für die Frauenkliniken in Dresden, Leipzig und Zwickau (Krankenstift) 3 406 500 Mk.

Zu der oben angeführten Schuldenlast von 27 710 000 Mark im außerordentlichen Etat kommen noch hinzu an schwebenden Schulden 3 257 608 Mk. Von einem Balanzieren des Etats kann man also sicherlich nicht sprechen. Die ungedeckten Ausgaben sind außerordentlich hoch. Die „Gesundungswirtschaft", von der das sächsische Bürgertum dauernd redet, ist im Grunde eine Bankrottwirtschaft. Aber das Bürgertum ist zufrieden, weil die Lasten der Kapitalisten erleichtert wurden. Daß dabei durch die Abwertung die Ausgaben für die Altersrentenbank um 166 600 Mk.

Der Druck der Arbeiter erzwingt die Einheitsfront!

Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der sozialdemokratische Parteiausschuß, der in Berlin tagte, kam zu folgendem Beschluß:

„**Der Parteiausschuß richtet die Aufforderung an den Parteivorstand und Reichsausschuß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den vorgelegten Gesetzentwurf für entschädigungslose Enteignung der früher regierenden Fürsten entsprechend den in der Beratung des Parteiausschusses vorgebrachten Gesichtspunkten zu vervollständigen und zwecks Herbeiführung eines Volksentscheides einzureichen. Der Gesetzentwurf der Kommunisten ist insofern unzureichend, als erstens nicht ausgesprochen ist, daß die näheren Bestimmungen über Art der Verwendung des enteigneten Vermögens durch ein innerhalb bestimmter kurzer Frist zu erlassendes Reichsgesetz getroffen werden sollen. Zweitens ist nicht beachtet, daß bei der Verwendung des enteigneten Vermögens auch bedürftige Opfer der Inflation zu berücksichtigen sind. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird ersucht, sofort als vermittelnde Instanz einzugreifen, um zu erreichen, daß nur ein Gesetzentwurf für Volksbegehren und Volksentscheid eingereicht wird. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist zu dieser Vermittlung berufen, weil es sich auch um wichtige sozialpolitische Fragen handelt und alle in Betracht kommenden politischen Richtungen in den Gewerkschaften vertreten sind. Die Aktion für ein Volksbegehren und einen Volksentscheid wird von jeder beteiligten Organisation selbst geführt. Das gemeinsame Ziel ist die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.**"

Dieser Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses, den wir als eine Etappe zur Bildung der Einheitsfront

munistische Initiative in der Frage der Fürstenabfindung ausgelöst wurde. Die Kritik am kommunistischen Entwurf ist eine Art Rückzugsdeckung, **soll aber eine Verständigung nicht behindern**, ebenso ist nicht fördernd die Einstellung über den bisherigen Verlauf der Volksentscheidbewegung.

Es gilt aber auch, die proletarische Einheit gegen die Bürgerfront in diesem Kampf herzustellen. Die Gefährdung seiner Position zwingt den „Vorwärts" zu den Ausführungen:

„**Darum wünscht der Parteivorstand, daß jede Organisation den Kampf für das gemeinsame Ziel selbständig führt. Es geht zum Beispiel nicht, daß die Sozialdemokratische Partei Versammlungen veranstaltet, in denen Kommunisten reden, um über die Sozialdemokraten zu schimpfen. Sozialdemokraten gehören in sozialdemokratische Versammlungen, nicht in kommunistische. In sozialdemokratische Unterschriften gehören unter den gemeinsamen Entwurf der aus der vermittelnden Aktion der Gewerkschaften hervorgehen soll, nicht unter den kommunistischen.**"

Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter diesen geradezu sinnlosen Standpunkt gründlich revidieren werden. Es darf bei der Durchführung dieser Aktion nach einer von den Kommunisten mit Erfolg durchgeführten **Vorarbeit nicht zu Konkurrenzkämpfen kommen, sondern dieser Kampf muß dazu benutzt werden, eine breite Basis** für die Bildung der proletarischen Einheitsfront im ganzen Reiche zu schaffen. Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter darin uns völlig zustimmen werden. Dem Kampf gegen die verräterischen Fürsten muß folgen die

mert die Kapitalisten gar nichts. Im übrigen sind die Ausgaben für die Pferdezucht beinahe so hoch wie die für die Alters- und Landeskulturrentenbank.

Der Etat zeigt deutlich genug das reaktionäre Gesicht der Regierung. Die Erhöhung der Belastung wird bei den Mieten begonnen. Für die sozialen Ausgaben wird so gut wie nichts getan. Auf diese Art vollführt die Regierung nun seit Jahren ihre Politik. In jedem Zug reaktionär und arbeiterfeindlich.

Die Auflösung dieses Landtages wird der Regierung und ihrer Politik ein Ende machen. Die Arbeiter müssen die Auflösung schnellstens erzwingen.

Zwei Proben aufs Exempel

Die gestrige Tagung des Landtags, die zwar absolut nicht das brachte, was z. B. in der Amnestie gefordert wurde und notwendig ist, zeigte doch, was eine wirkliche Mehrheit der Arbeiter zu leisten vermöchte. Zwei gestern erfolgte Abstimmungen sind bezeichnend dafür. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Aenderung des Organisationsgesetzes der Behörden behandelt. Hier galt es, in den Kreisausschüssen das Stimmrecht des Referenten der Kreishauptmannschaft zu beseitigen. Bisher hatten als Staatsvertreter der Kreishauptmann und der Referent Stimmrecht. Dadurch wurden die gewählten Vertreter majorisiert. Die Kommunisten und Sozialdemokraten beseitigten gestern diese Bestimmung. Weiter wurde mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten die Amnestieverordnung erweitert.

Der Druck der Arbeiter zwang die Sozialdemokraten, der Forderung nach Erweiterung der Amnestie nachzugeben. Diese beiden Abstimmungen zeigen, wären die Sozialdemokraten wirklich Vertreter der Arbeiter, dann könnte mehr für die Arbeiter getan werden.

Die zwei Abstimmungen sind ein Beweis dafür, daß die SPD.-Arbeiter alle Kraft anspannen müssen, den Landtag aufzulösen und die Zusammensetzung zu ändern, damit eine Einheitsfront der Arbeiter geschaffen wird.

Die Posten werden warm gehalten

Wie der Rat von Dresden uns heute mitteilt, soll bei der Berufung Kätz' zum Innenminister lediglich eine Beurlaubung ins Auge gefaßt werden. Bei der unsicheren Lage des Kabinetts der Mitte im Reich und bei der sich zuspitzenden Lage in Sachsen erscheint es also den Herren zweckmäßig, sich ihre Positionen warm zu halten.

Es muß Klarheit geschaffen werden

Sachsen und die Große Koalition.

Das „Sächsische Volksblatt" beschäftigte sich in seiner Sonnabendnummer mit der Lage in Sachsen. „Es wird nachgerade unerträglich, daß diese Regierung und dieser Landtag noch nicht von der Bildfläche verschwunden sind" — erklärt das „Volksblatt". Der Artikel weist weiter auf den am 30. Januar zusammengetretenen Landesparteitag und stellt fest, daß die sächsische Parteimitgliedschaft der SPD. „in den letzten Monaten, seit dem Heidelberger Parteitag, mit zusammengebissenen Zähnen die politische Entwicklung in Sachsen verfolgt. Die Erregung ist groß, die Verärgerung erheblich" und es sei notwendig, klar auszusprechen, daß womöglich noch bis zum Landesparteitag Klarheit über die Landtagsauflösung geschaffen werden muß. Das „S. V." zitiert dann die Resolution der Reichstagsfraktion und einen Artikel des „Vorwärts", worin die Deutsche Volkspartei als reaktionäre Rechtspartei, als ausgesprochene Partei des Unternehmertums charakterisiert wird, mit der gemeinsam man unmöglich in einer Regierung sitzen kann, und schreibt:

„Wenn schon der „Vorwärts" zu einem solchen Urteil über die Deutsche Volkspartei kommt, so besagt das genug. Wir fragen, ob die 23 sächsischen Landtagsabgeordneten dieser Auffassung des „Vorwärts" und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Deutsche Volkspartei irgendetwas Tatsächliches entgegensetzen können, und wir fragen weiter (und sicher im Namen von mindestens 90 Prozent der sozialdemokratischen Parteimitglieder in unserem Bezirk), ob die 23 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten trotz der Entscheidung der Reichstagsfraktion und trotz des in dem Beschluß der Reichstagsfraktion zum Ausdruck gekommenen vernichtenden Urteils über die Deutsche Volkspartei die Koalition mit eben dieser Volkspartei weiter aufrechterhalten wollen.

Aufrechterhalten in dem Industrielande Sachsen, das auch nach der Neuwahl wieder eine Mehrheit der Linksparteien haben wird. Das Interesse der Sozialdemokratischen Partei, das Interesse der Arbeiterklasse erfordert, daß nun endlich Klarheit geschaffen wird."

Nun, die linken SPD.-Führer haben Gelegenheit, diese Klarheit endlich zu schaffen. Die Kommunisten haben im Landtag einen Auflösungsantrag eingebracht. Die Abstimmung über diesen Antrag dürfte die erwünschte Klarheit bringen.

Der Appetit des Gothaers

Der Herzog von Gotha, nebenbei gesagt ein englischer Prinz, hat sich bisher schon immer als vom Stamme „Nimm" abstammend erwiesen. Er nahm, was er kriegen konnte, und was er nicht kriegen konnte, darum prozessierte er und prozessiert noch. Er verlangt allerhand. Vor kurzem war gemeldet worden, der Herzog von Gotha verlange 30 000 Morgen Land. Das hat sich als irrig erwiesen. Er verlangt mehr. Hören wir:

Der Riesenbesitz, der in das freie Eigentum des Herzogs übergehen soll, umfaßt **mehr als ein Siebentel der Gesamtgrundfläche des früheren Herzogtums Gotha und zusammen mit den unmittelbar angrenzenden Schmalkalder Forsten fast einhundertundzwanzigtausend preußische Morgen, darunter die schönsten Wälder Thüringens, 60 v. H. des Waldbodens im früheren Herzogtum Gotha, 12 Oberförstereien** (Thal, Kleinschmalkalden, Friedrichroda, Georgenthal, Tambach-Dietharz, Stutzhaus, Winterstein, Tabarz, Hohleborn, Schnellbach, Steinbach-Hallenberg) und 1 Revierverwaltung (Gräfenroda), dazu das Schloßgut und das Kölnersche Freigut in Gräfentonna und die Domäne Wölfis, Schloß Friedenstein, Schloß Reinhardsbrunn, Jagdschloß Oberhof, das Schloßhotel Oberhof, das Parkhotel Reinhardsbrunn, die Gasthöfe Inselsberg, Spießberg, Heuberg, Klostermühle, die Schankstätten Steigerhaus, Kesselberg, Neues Haus, Falkenstein, Untere und Obere Schweizerhütte, zahlreiche, zum Teil sehr wertvolle Häuser in der Stadt Gotha und anderen Orten, ungezählte beitgelegene Bauplätze usw. **Hierzu kommen die mehr als 30 000 Morgen des Lichtenberger Fideikommisses und das ungewöhnlich wertvolle Hausallodium.**

Da es dem ehrenwerten Herrn in Gotha zu mulmig wurde, verlegte er seine Kanzlei nach Koburg (allwo sich eine ganze Menge solch fürstlicher Nichtsnutzer zurückgezogen hat, so der Zar von Bulgarien, etliche russische Großfürsten wie Kyrill u. a.; außerdem liegt Koburg in Bayern). Er hat sich zwei pensionierte preußische Beamte zugelegt, die mit allen Wassern gewaschen und allen Hunden gehetzt, eine Art Rechtsbureau für Fürstenprozesse aufgemacht haben. Einer ist ehemaliger Oberpräsident, Vorsitzender der Preußischen Pfandbriefbank, ein anderer Landrat z. D. und Generaldirektor der herzoglichen Vermögensverwaltung.

Beide beziehen Pensionen und machen nebenbei dicke Geschäfte. So hat der eine, ein Herr von Zilla, kürzlich vom Lande Thüringen eine Abschlagszahlung von 150 000 Mk. für seine „Bemühungen im Herzogsprozeß angefordert!"

Und dieses Gesindel soll weiter intrigieren können, soll weiter den Millionen der Werktätigen die Steuergroschen aus der Tasche ziehen?

Hier hilft nur entschädigungslose Enteignung!

„Fürstenabfindung ist Schaumschlägerei!"

sagt ein Fraktionsrundschreiben der SPD.

Unser Düsseldorfer Parteiorgan „Freiheit" ist in der Lage, ein Rundschreiben der SPD.-Fraktion im DMV., das diese vor der Vertreterversammlung des DMV. herausgegeben hat, zu veröffentlichen. Am Schluß des Rundschreibens, in dem niederträchtig auf die Kommunisten geschimpft wird, heißt es:

„Kollegen! Am Sonntag werden die Kommunisten mit Worten, Einbringen von Resolutionen, Einheitsfront, Fürstenabfindung und wie die Dinge alle heißen mögen, versuchen, ihre Schaumschlägereien an den Mann zu bringen. Deshalb gilt es, konsequent jeden Antrag der Kommunisten abzulehnen, weil die Ehrlichkeit ihrer Handlungsweise schon so oft die Probe nicht bestehen konnte."

Daß es sozialdemokratische Mitglieder des DMV. gibt, die ihre systematische Fraktionsarbeit dazu benutzen, um gegen die Kommunisten die wüsteste demagogische Hetze zu betreiben, ist bezeichnend. Aber geradezu unerhört ist es, wenn durch diese Fraktionsarbeit aus blindwütigem Haß gegen die Kommunisten wichtige, im Interesse der Gesamtarbeiterschaft notwendige Beschlüsse gegen die Fürstenabfindung, für die Einheitsfront, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur als „Schaumschlägerei" bezeichnet werden. Der Fraktionsführer der SPD.-Fraktion im DMV., ein gewisser Brumme, der das Rundschreiben unterzeichnet hat, stellt sich mit vielen seiner reformistischen Freunde auf den Standpunkt Körpels vom ADGB. Während der „Grundstein", das Organ des BGB. und die Mitgliedermassen der Gewerkschaften und sogar der SPD. energisch den Volksentscheid fordern, gibt es führende Reformisten und sozialdemokratische Fraktionsmacher in den Gewerkschaften, die den Kampf für die Enteignung des Fürstengesindels als „Kohl", „Schaumschlägerei" oder sonstwie bezeichnen.

Die Arbeiter, die unter dem Druck des Unternehmertums, der Arbeitslosigkeit und der furchtbaren Krise zu leiden haben, verstehen, daß die Kommunisten mit der Forderung nach Herstellung der Einheitsfront, Stärkung der Gewerkschaften, Enteignung der Fürsten, Erfüllung der Forderungen der Erwerbslosen usw. keine „Schaumschlägerei" betreiben, sondern nur den Weg zeigen, den die Arbeiterklasse gehen muß.

Der Perlacher Mordprozeß

Zwei Urteile über Noske.

Die Fortsetzung des Perlacher Prozesses bestätigt nur, was wir bereits schrieben. Man bemüht sich, alles zu tun, um den Freispruch der Angeklagten vorzubereiten. Noske selbst hat sich redlich bemüht, die Mörder zu entlasten, so daß er den Beifall der gesamten reaktionären Presse erhielt. Noskes Aussagen sind selbst sozialdemokratischen Zeitungen zu bunt geworden. Die Chemnitzer „Volksstimme" schrieb über Noske:

„Durch nichts wird die damalige Zeit und die Schuld Noskes schärfer charakterisiert, als durch die Aussagen des monarchistischen Generals von Möhl. Seine Kennzeichnung der politischen Lage ist die denkbar schärfste Verurteilung dieses Mannes und seiner psychologischen Grundlage, nämlich des berüchtigten Schießerlasses. Nur die reaktionärsten Juristen halten heute noch an der sogenannten Abschreckungstheorie fest. Ihr schließt sich Noske an. Er ist heute gezwungen, wenn auch mit Einschränkung, die Verteidigung der Perlacher Mörder zu übernehmen."

Die „Kreuzzeitung" stellt dagegen dem Noske folgendes Lob aus:

„Man kann Herrn Noske nur beipflichten, wenn er erklärt, daß dieser Befehl zu Dingen führen mußte, die uns heute in ruhigen Zeiten rein menschlich vielleicht mit Grauen erfüllen. Die Verantwortung für alles, was damals geschah, liege bei der Roten Armee ausschließlich, es habe mit größter Härte durchgegriffen werden müssen, da es um den Bestand des Reiches ging. Noske gibt jedenfalls zu, daß die Truppenteile auf Grund des Schießerlasses äußerst scharfe Ausführungserlasse herausgaben. — Die leitenden Stellen hatten die Erfahrungen gemacht, daß die Niederwerfung eines Aufstandes auf beiden Seiten um so weniger Opfer erforderte, je schärfer die Truppen von vornherein zupackten. Die Lage war also so, daß nach unten ein Druck ausgeübt wurde, keine menschliche Regung, sondern ausschließlich diesen Schießerlaß als Richtschnur des Handelns zu nehmen."

Der Verteidiger der Perlacher Mörder, der Mann, der nach unten einen Druck ausübte, keine menschlichen Regungen, sondern den Schießerlaß als Richtschnur des Handelns zu nehmen, ist heute noch ein Führer der SPD.!

Im Münchener Prozeß wurde am Montag die Zeugenvernehmung beendet. Die letzten Zeugen waren wieder ehemalige Weißgardisten, die in derselben Weise aussagten, wie es von ihren Chefs, den Noske, v. Oven und Major Schulz bereits vorgemacht worden war. In frech-provozierender Weise beschimpfte der als Zeuge vernommene Major v. Lützow, der Führer des berüchtigten Freikorps Lützow, die revolutionären Arbeiter:

„Jeder, der den Regierungstruppen entgegentrat oder entgegengetreten war, gehörte an die Wand. Es mußte mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Der Aufstand konnte nur mit den brutalsten Mitteln niedergeschlagen werden, denn

die Aufständischen waren Verbrecher.

Ich habe meinen Offizieren eingehämmert, daß wir in schwerstem Kampf stehen, und daß jedes Schwanken oder jede Versäumnis den Führer schwerer belasten werde, als ein Fehlgriff, und daß deshalb gegen derartige verbrecherische Volksgenossen rücksichtslos vorgegangen werden müsse."

Ruhe und Ordnung

Wenn Millionen arbeiten, ohne zu leben,
Wenn Mütter den Kindern bloß Milchwasser geben —
Das ist Ordnung.
Wenn Werkleute rufen: „Laßt uns ans Licht!
Wer meine Arbeit stiehlt, muß vors Gericht!"
Das ist Unordnung.

Wenn Tuberkulöse zur Drehbank rennen,
Wenn Dreizehn in einer Stube pennen —
Das ist Ordnung.
Aber wenn einer ausbricht mit Gebrüll,
Weil er sein Alter sichern will —
Das ist Unordnung.

Wenn Erben von Renten im Schweizer Schnee
Jubeln und sommern am Comer-See —
Dann herrscht Ruhe.
Wenn Gefahr besteht, daß sich Dinge wandeln,
Verboten wird, mit dem Boden zu handeln —
Dann herrscht Unordnung.

Die Hauptsache ist:
Nicht auf Hungernde hören.
Die Hauptsache ist:
Nicht das Straßenbild stören.
Nur nicht schreien.
Mit der Zeit wird das schon.

Alles bringt euch die Evolution.
So hat's euer Volksvertreter entdeckt.
Seid ihr bis dahin alle verreckt,
So wird man auf euern Gräbern doch lesen:
Sie sind immer ruhig und ordentlich gewesen.

Theobald Tiger.

Mathematik und Astronomie in der USSR.

Die wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiete der Mathematik und Astronomie in der USSR., die in der Zeit des Krieges und der Revolution fast völlig eingestellt war, nimmt jetzt mit jedem Jahre zu. Die Organisationen, die sich in Moskau mit dem Studium der Mathematik befassen, arbeiten besonders erfolgreich auf dem Gebiet der mathematischen Biologie und der modernen Funktionentheorie. Dem Forschungsinstitut für Mathematik und Mechanik in Moskau ist eine internationale Kommission angegliedert, die sich mit der Herausgabe der Werke des berühmten russischen Mathematikers K. J. Lobatschewskij befaßt, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebte.

In Charkow werden unter der Leitung des Professors für Mathematik, Bernstein, Fragen der mathematischen Statistik und ihre Anwendung auf das Gebiet der Biologie bearbeitet. Professor Kryloff in Kiew untersucht die Anwendung der Näherungsrechnung auf die Lösung mathematischer Probleme.

In Leningrad ist ein besonderes Bureau für die Berechnung der Stellung der Himmelskörper gebildet worden; ein Zeitdienst, der die richtige Zeit auf drahtlosem Wege übermitteln soll, ist in Bildung begriffen.

Die Sternwarte in Pulkowo hat ihre Tätigkeit außerordentlich erweitern können; sie besitzt jetzt einen aus dem Auslande bezogenen großen Spektrographen für Untersuchungen der Sonne. Das Astronomische Institut in Leningrad hat eine neue Methode für die Berechnung der Laufbahn kleiner Planeten ausgearbeitet; die Abteilung des Lesgaftschen Instituts in Leningrad für astrophysikalische Untersuchungen untersucht die Wandersterne und ihre Farben. Die Sternwarte in Moskau führt umfangreiche Arbeiten auf dem Gebiet der Photographie der Himmelskörper durch, wobei sie ihre Aufmerksamkeit besonders den kleinen Planeten zuwendet.

In immer höherem Maße nimmt die astronomische Wissenschaft bei ihren Arbeiten Rücksicht auf die Interessen der Industrie. Besondere Aufmerksamkeit wird der Untersuchung der magnetischen Abweichungen im Gebiet von Kursk zugewandt, die außerordentliche Bedeutung für die Industrie besitzen. Sie beweisen das Vorhandensein großer Lager magnetischer Erze, die 200 bis 250 Meter unter der Erdoberfläche liegen und deren Mächtigkeit auf Milliarden Tonnen geschätzt wird. Auf diese Tatsache wird die sonst nirgends beobachtete vertikale Ablenkung der Magnetnadel im Gebiet von Kursk zurückgeführt.

Karl August Wittfogel: „Das erwachende China".

Eine Darstellung der Entwicklungsgeschichte und der aktuellen Probleme Chinas ist seit langem von allen, die die Vorgänge im Osten mit Aufmerksamkeit verfolgen, erwartet worden. Die rein „politischen Geschichten" Chinas befriedigen den Leser, der die materiellen Triebkräfte der Entwicklung Chinas und der Kämpfe und revolutionären Erhebungen kennen zu lernen wünscht, nicht. Es muß festgestellt werden, daß auch die Aufsätze und Broschüren, die in jüngster Zeit erschienen sind über die elende Lage der chinesischen Arbeiterschaft, über die politischen Intrigen und Aktionen der imperialistischen Mächte im fernen Osten, so interessant sie auch im einzelnen sein mögen, keine wirklich gute Uebersicht von den ökonomischen und politischen Vorgängen in China geben. Eine Schrift, die uns die allgemeine Verkettung der verschiedenen materiellen Strömungen, sowie das Verhältnis der miteinander ringenden sozialen Kräfte zeigt, fehlte bisher. Das Buch von Wittfogel versucht zum ersten Male in deutscher Sprache mit den Mitteln der marxistischen Arbeitsmethode, gestützt auf umfassende Kenntnis der historischen und aktuellen Tatsachen, eine wirklich gute Darstellung der ökonomischen gesellschaftlichen Welt Chinas zu geben.

Jeder, der das Buch liest, fühlt heraus, daß der Verfasser über den Gegenstand wesentlich mehr zu sagen hätte. Jedoch der Raum der Schrift gestattet es nicht, auf alle Fragen einzugehen.

Die Schrift bringt eine Fülle interessanter Tatsachen aus der älteren Klassengeschichte Chinas, wie aus der allerjüngsten Vergangenheit. Wir lesen von der Entstehung der alten (feudalen) Klassengesellschaft aus urkommunistischen Zuständen, von der revolutionären Umgestaltung der feudalen in die mandarinistische Ausbeutergesellschaft, vom Eindringen des europäischen Kapitalismus von den Zerstörungen des alten Chinas in den letzten Jahrzehnten, vom Verfall alter und vom Aufkommen neuer Klassen, von den aktuellen Problemen der nationalen und sozialen Revolution.

Dies alles wird dargestellt auf Grund der Anschauungen von Marx, Engels und Lenin über China.

Der flüssige und lebendige Stil macht das Werk trotz seiner Stoff- und Problem-Fülle zu einer für weiteste Leserkreise anziehende und belehrende Lektüre.

Durch ein ausführliches Schlagwortregister wird es geradezu zu einem kleinen Handbuch der sozialen und politischen Fragen Chinas überhaupt.

Der Preis von 2,20 Mark für das kartonierte und 3,90 Mark für das gebundene Exemplar darf unter diesen Umständen als außergewöhnlich niedrig bezeichnet werden.

Dresden

Die Stulle

Im Arbeiterviertel der Stadt liegt mitten auf dem schmutzigen Fahrdamm eine Stulle. Uneingewickelt. Ganz bloß. Offenbar hat sie ein Kutscher vom Bock fallen lassen, ohne es zu bemerken. Ein Weilchen will ich das Schicksal der Stulle beobachten. Die Spatzen haben sie zuerst entdeckt. Sie fliegen herbei, um einen Schmaus abzuhalten. Doch schon fangen sie an, sich zu zanken. Dann werden sie aufgescheucht durch einen Wagen. Kaum sind sie wieder alle zur Stelle, jagt ein Auto davon. Jetzt kommt ein junger Radfahrer. Er hat die Stulle erblickt und will anscheinend mit Absicht darüber fahren. Das Kunststück gelingt ihm nicht, denn die Stulle schiebt sich beiseite.

Da kommen zwei kleine Kinder über den Damm. Zwei Knaben im ungefähren Alter von drei und fünf Jahren. Sie haben sich bei den Händen gefaßt, als wären sie zusammengewachsen. Mit ihren riesigen Latschen pflügen sie förmlich über die Straße. Sicher sind sie von der Mutter weggeschickt zum Einholen, denn der größere trägt eine schmutzige Einholetasche aus Stoff in der einen Hand. Schon sind beide an der Stulle vorbei, da wittert sie der kleinere und zieht seinen Bruder in der Richtung nach der Stulle, wie es Hunde zu tun pflegen, die man an der Leine hat und anderswo hin wollen. Glücklicherweise kommt gerade kein Wagen. Ohne sich umzusehen, greift sich der größere von beiden die Stulle unter den Arm und steuert, ohne seinen Mitgeführten loszulassen, mit dem Kleinod auf den Bürgersteig zu. Hier setzen sich beide auf die Bordkante und untersuchen den Fund daraufhin, was wohl zwischen den Brotscheiben sein mag. Als sei er von einer riesigen Ueberraschung betroffen, stößt der Untersuchende freudig heraus: „Käse". Nun wurde der Bissen geteilt. Zunächst erhielt jeder eine Scheibe Brot. Mit dem Zeigefinger wurde nun die Margarine zusammengekratzt und auf beide Teile verteilt, und dann kam der Käse zur Aufteilung. Dabei leuchteten die Augen, als wäre ein Festtag, und dabei war es ein ganz gewöhnlicher grauer Tag, wie sie immer sind im schmutzigen, schmierigen Arbeiterviertel. In kurzer Zeit war die gefundene Käsestulle ihren Findern zum Opfer gefallen. Auf den Gesichtern beider Kinder aber war jedes Wort der Gedanken der kleinen Gehirne zu lesen: „So etwas haben wir nicht alle Tage."

Paul Körner.

Faschistische Geschäftsreklame

Einige Geschäftsleute können ihre echt faschistische Ueberzeugung und Gesinnung dem Publikum auf der Straße nicht genug demonstrieren. Den Vogel abgeschossen hat in dieser Beziehung wohl bis jetzt der Kohlenhändler Oskar Hanke, Dresden-A. 24. Dieser echt treuteutsche Held hat seine Kohlenwagen schwarz-weiß-rot anstreichen lassen und in der Mitte der Plane ein großes Eisernes Kreuz aufmalen lassen. Die Arbeiterschaft in diesem Stadtteil und auch die gesamte Dresdner Arbeiterschaft, die, wie so schön gesagt, republikanisch gesinnt ist, möge sich dieses Geschäft merken und bei Bedarf von Kohlen und Holz vorbeigehen.

S.

Angestellte und Krankenkassen

In den nächsten Tagen ist eine 7. Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge zu erwarten. Durch diese Verordnung sollen die Angestellten, die zwar nicht mehr versicherungspflichtig sind, dagegen der Angestelltenversicherung noch unterstehen, in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden. Der Beitragseinzug für diese Angestellten soll den Krankenkassen übertragen werden.

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß die betreffenden Angestellten nicht Mitglieder der Krankenkassen sind. Sie müssen also den Kassen vom Arbeitgeber besonders gemeldet werden. Ueber den Inhalt der Meldungen wird die Verordnung das Nähere vorschreiben. Daneben sollen aber auch die Krankenkassen berechtigt sein, ihrerseits noch andere Angaben von den Arbeitgebern zu fordern. Die Beiträge werden für die betreffenden Angestellten nach einem Einheitsgrundlohn bemessen, der auf 225 RM. im Monat festgesetzt wird. Die Beiträge sind gesondert von den übrigen an die Krankenkassen abzuführenden Beiträgen zu überweisen und von der Kasse auch gesondert zu verbuchen. Soweit der Arbeitgeber die Beiträge gemeinsam abführt, hat er genaue Angaben über die Verteilung zu machen. Die Beitragspflicht soll mit dem 1. Februar beginnen.

Vom Reichsarbeitsminister ist darauf Bedacht genommen worden, das ganze Verfahren möglichst ohne Schwierigkeiten für die Kassen zu gestalten. Bemerkenswert ist noch, daß die Beiträge von den Kassen eingehoben werden sollen, denen der Angestellte angehören würde, wenn er krankenversicherungspflichtig wäre. Ersatzkassen kommen also nicht in Betracht. Ueber eine besondere etwaige Entschädigung der Kassen für diese Mehrarbeit soll im März oder April verhandelt werden, sobald die Kassen eine Uebersicht darüber haben, in welchem Umfange ihnen aus den neuen Aufgaben Belastungen des Verwaltungsbetriebes erwachsen.

Der Arbeiterverein für Biochemie im Verbande Volksgesundheit hielt am vorigen Freitag im Volkshaus eine Mitgliederversammlung ab, in der der Heilkundige Max Pötzschke einen sehr interessanten Vortrag über die biochemischen Funktionsmittel und ihre Abstammung hielt. Der Vortragende verstand es vortrefflich, jedes einzelne der elf biochemischen Funktionsmittel auf Herkommen, Anwendung und Wirkung deutlich zu erklären. Der Raum glich schließlich einem chemischen Laboratorium. Starker Beifall dankte dem Vortragenden. Einige Krankheitsfragen wurden beantwortet und mehrere Aufnahmen vorgenommen. — Nächste Versammlung 28. Januar, 7.30 Uhr, im Volkshaus. Genosse Hermann Wolf wird über: Das Knochen-, Muskel- und Verdauungssystem sprechen. Für 23. Februar ist ein Vortrag für Frauen angesetzt. Frau Else Schulze wird über das Thema: Frauenkrankheiten und ihre biochemische Behandlung sprechen. Beratungsstellen sind: Max Pötzschke, Sachsdorfer Straße 2; Karl Franke, Cranachstraße 15; Paul Böttcher, Grüne Straße 12; Else Schulze, Dürerstraße 99; Fritz Brandner, Frankenbergstraße 85; Richard Häusle, Bühlau, Kurbad am Heiderand. — Geschäftsstelle: Schützenplatz 18.

Verkehr mit Arbeiterrückfahrkarten. Weitere neue Arbeiterrückfahrkarten sind eingeführt worden von Dresden Hbf. nach Geitz-Döhlau über Freiberg—Neumark 5,30 Mk., Dresden Hbf. nach Weida-Altstadt über Freiberg—Gößnitz—Gera-Süd oder Zwickau-Seelingstädt 6 Mk., Dresden-Neustadt nach Pirk über Freiberg—Plauen (Vogtl.) 6,50 Mk., Bischofswerda nach Krimmitschau über Freiberg 6,40 Mk., Arnsdorf nach Lengenfeld (Vogtl.) 5,90 Mk., Arnsdorf nach Reichenbach (Vogtl.) ob. Bhf. 5,90 Mk., Arnsdorf nach Rodewisch 6,10 Mk., Borna bei Leipzig nach Dresden Hbf. 6,10 Mk., nach Königsbrück über Leipzig oder Freiberg—Dresden 6,00 Mk., nach Pirna über Chemnitz—Freiberg 5,10 Mk., Krimmitschau nach Schirgiswalde über Freiberg—Pulsnitz 7,10 Mk., nach Kamenz (Sa.) über Freiberg 7,10 Mk., Coswig (Bezirk Dresden) nach Rodewisch über Dresden—Freiberg—Beiersgrün 5,80 Mk., nach Schwarzenberg über Dresden—Freiberg—Thalheim 5,50 Mk., Lauter (Sa.) nach Marienberg-Eisenberg über Thalheim—Dresden 5,20 Mk., Leipzig nach Neustadt (Sa.) über Riesa oder Leipzig—Meißen 6,20 Mk., Meißen oder Meißen-Triebischtal nach Penig über Mittweida 6,60 Mk., nach Schneeberg-Neustädtel oder Schneeberg Hltp. über Dresden—Freiberg 5,60 Mk., Marienberg-Eisenberg nach Plauen (Vgtl.) über Dresden—Freiberg 6,50 Mk., nach Schwarzenberg 5,40 Mk., nach Wilkau (Sa.) über Dresden—Freiberg—Zwickau 5,10 Mk., Niederau nach Oberwiesenthal über Dresden 5,40 Mk., nach Zwickau (Sa.) über Dresden—Freiberg 5,10 Mk., Niedersedlitz nach Beiersgrün über Dresden—Freiberg 5 Mk., Lohmen nach Zwickau (Sa.) über Pirna—Freiberg 5,10 Mk., Hirschfelde nach Waldheim über Herrnhut oder Oberoderwitz oder Warnsdorf—Dresden-Neustadt—Döbeln 5,60 Mk.

Technische Lehranstalten der Stadt Dresden

Dürerstraße

(bisher Städtische Gewerbe- und Technische Mittelschule).

Schüleranfnahmen für das Sommerhalbjahr 1926.

A. Gewerbeschule.

Abendklassen für berufsschulfreie Schüler. (Gewerblich-technische Fachschule.)

Ueber die Aufnahmebedingungen gibt die Schulleitung Auskunft.

Unterrichtsziel: Fachwissenschaftliche Ausbildung von Gehilfen, Meistern, Zeichnern usw. des Maschinenbaues, der Elektrotechnik, der Feinmechanik und Optik, des Eisenbaues, des Hoch- und Tiefbaues, der Tischlerei und Graphik.

Der Unterricht wird abends von 6 bis 9 Uhr erteilt.

Bemerkung: Die Schüler können später in die Technische Mittelschule übertreten. Einreihung in deren Lehrgang je nach dem Kenntnisstand nach Ablegung einer Aufnahmeprüfung.

B. Technische Mittelschule.

Abendabteilung: 6 Halbjahre mit wöchentlich 18 Unterrichtsstunden (Kurzstunden). 4 Tage je abends 6—9 Uhr.

a) Abteilung für Maschinen-Konstruktionstechniker.
b) Abteilung für Betriebstechniker.
c) Abteilung für Elektrotechniker.
d) Abteilung für Techniker der Feinmechanik und Optik.
e) Abteilung für Eisenbau (Bauschlosser, Klempner, Eisenkonstruktions- und Installationsschlosser).

Bedingungen für die Aufnahme in das 1. Halbjahr:

1. Dreijährige Werkstattätigkeit (technische Zeichner zwei Jahre). Angehende Betriebstechniker sollen möglichst eine vier- bis sechsjährige Werkstattätigkeit nachweisen.
2. Vorkenntnisse, wie sie der erfolgreiche Besuch der Uebergangsklassen (4 Semester) vermittelt.

Unterrichtsziel: Reifeprüfung als Techniker.

C. Werkmeisterabteilung für Tischler.

Abendabteilung mit wöchentlich 12 Unterrichtsstunden (Kurzstunden). 3 Tage je abends 6—9 Uhr.

Aufnahmebedingungen: wie unter B.

Anmeldungen vom 15. bis 31. Januar 1926, mittags 1—2 Uhr. Geburtsurkunde und Zeugnisse vorlegen.

Betr. 3., 17., 48. Volksschule. Eltern von Schulneulingen, welche für ihre Kinder die Arbeitsschulklasse haben wollen, müssen sich umgehend melden bei Schröder, Seminarstr. 23, I., oder bei Adam, Friedrichstr. 38.

Volkshochschule. Die Leseabende von Ernst Hörisch in Verbindung mit dem Lehrgang „Goethe" (Tasso) finden ab Donnerstag, den 21. Januar, abends 6.30—8 Uhr in der 21. Volksschule, Freiberger Platz 25/27, statt.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die im Kinderheim in Lenggries untergebrachten Dresdner Kinder treffen am 21. Januar, abends 11 Uhr 50 Minuten auf dem Hauptbahnhof ein. Die Eltern oder Angehörigen der Kinder werden ersucht, sich dort pünktlich zur Abholung einzufinden.

Freihalten der Feuerhahndeckel. Die im Straßenkörper befindlichen gußeisernen Deckel der Feuerhähne, deren Lage durch die an den Grundstücksfronten angebrachten Schilder mit dem Buchstaben F besonders gekennzeichnet ist, sind zur Sicherung der schnellsten Auffindung und Ingebrauchnahme bei Feuersgefahr jederzeit freizuhalten. Es ist deshalb verboten, diese Feuerhahndeckel mit Ausgrabungsmassen, Bauschutt, Bau- oder Brennmaterial, Asche und dergleichen zu bedecken. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 RM., nach Befinden mit Haftstrafe bis zu 14 Tagen geahndet.

Staatliche Altersrentenbank. Bei der staatlichen Altersrentenbank in Dresden-Neustadt, Albertstraße 3, haben viele Hunderte von Rentnern ihre Renten für das Jahr 1925 noch nicht abgehoben. Den Beteiligten wird empfohlen, sich wegen der Auszahlung ihrer Bezüge für das vergangene Jahr nunmehr baldigst zwischen 8 und 1 Uhr in der Kasse der Altersrentenbank zu melden. Als Ausweis sind die Versicherungspapiere sowie ein Paß, Einwohnerschein oder dergleichen mitzubringen.

Das erste deutsche Zahnhygiene-Museum in Dresden. Im Kurländer Palais wird in Kürze das erste deutsche Zahnhygienemuseum eröffnet werden. Es ist dies das Lebenswerk von Direktor Georg Schubert. Die Ausstellung wird zirka 10 000 künstlerisch ausgeführte und volkstümlich erläuterte Objekte enthalten. Dresden, bekannt als Hygienestadt, wird also künftig eine weitere wertvolle Sammlung zur Aufklärung des Volkes besitzen.

Unbekannter Toter. Am Sonntag hat sich in einem hiesigen Fremdenhofe ein Mann erschossen, der sich als der Kaufmann Georg Neumann, geb. 10. Juni 1888 in Leipzig, in das Fremdenbuch eingetragen hat. Diese Angaben haben sich als falsch erwiesen. Der Tote ist 1,67 Meter groß, schlank, hat schwarze Haare, graue Augen, schwarzen, kurzgeschnittenen Schnurrbart, längliches Gesicht. Als besondere Kennzeichen seien erwähnt: eine Operationsnarbe am Kehlkopf und an der linken Pulsader frisch vernähte Wunden. Das Wäschezeichen lautet: „W. v. L. S." Bekleidet war der Tote mit einem gelblichen weichen Hut, blauem Jackettanzug, rot- und weißgestreiftem weichen Kragen und rotschwarzem Binder. Sachdienliche Mitteilungen erbittet das Kriminalamt Dresden — Landeszentrale für Vermißte und unbekannte Tote —, Schießgasse 7, III, Zimmer 200, woselbst auch das Lichtbild des Toten zur Ansicht ausliegt.

Zeugen gesucht. Am Freitag gegen 8 Uhr abends ist auf der Fürstenstraße ein älterer Mann von einem Personenkraftwagen überfahren worden und an den Verletzungen später gestorben. Zeugen des Unfalles sind ein Herr und eine Dame gewesen, die einen Hund namens Harry bei sich hatten. Sie werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Tod im Berufe. Am Sonnabend stürzte in der Peterstraße ein Schornsteinfeger infolge Ausbrechens eines Steigeisens im Innern einer Abzugesse herab. Er verstarb an den Folgen des Sturzes.

Eine Betrügerin, anscheinend Arbeiterin, etwa 25 Jahre alt, schlank, blasses Gesicht, dunkles Haar, bekleidet mit hellem Mantel und schwarzem Hut, treibt seit längerer Zeit in Dresden ihr Unwesen. Sie benutzt zur Erlangung von Kleidern usw. einen gefundenen Einwohnerschein auf den Namen Gertrud Spitzer oder Spellert. In einem Falle erlangte sie einen Schrank und ein Liegesofa, bei deren Fortschaffung ein älteres Ehepaar behilflich gewesen ist. Die Betrügerin ist dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben.

Auf frischer Tat wurden von einer Streife der Kriminalpolizei zwei Ladendiebinnen betroffen, die bereits mehrere größere Warenhäuser der inneren Stadt aufgesucht hatten.

Beim Ueberschreiten der Fahrbahn am Wiener Platz wurde eine in der Scharfenberger Straße wohnhafte Frau von einem Kraftomnibus der Linie Loschwitz—Blasewitz—Hauptbahnhof angefahren und anscheinend innerlich erheblich verletzt.

VOM TAGE

Lengenfeld i. V. Am Freitag nachmittag ist auf Bahnhof Lengenfeld i. V. infolge vorzeitiger Weichenbedienung vom Personenzug 2157, der in Falkenstein 2.10 abfährt und in Zwickau 3.24 ankommt, ein Personenwagen 4. Klasse entgleist. Durch den Unfall wurde der Zugverkehr zwischen Lengenfeld und Falkenstein vier Stunden lang gestört. Der Personenverkehr konnte aber teilweise durch Umsteigen aufrechterhalten werden. Vier Personen sind leicht verletzt worden.

Schneeverwehungen im Erzgebirge. Chemnitz. Der Schneesturm, der in den letzten Tagen herrschte, hat im Erzgebirge stellenweise Schneewehen von zwei bis drei Meter Höhe verursacht. Manche Straßen sind kaum noch passierbar. In den Wäldern hat der Sturm schweren Schaden angerichtet.

Die Explosionskatastrophe in Moabit.

Berlin. Von den bei der fürchterlichen Explosionskatastrophe Verletzten sind bisher 8 im Krankenhaus gestorben, 3 oder 4 Tote befinden sich noch unter den Trümmern. Außerdem zählt man 10 Schwerverletzte und 30 bis 40 Leichtverletzte. Der Sachschaden wird auf eine Million Mark geschätzt, da der Vorderflügel des eingestürzten Hauses vollständig niedergelegt werden muß, ebenso ein großer Teil des schwerbeschädigten Seitenflügels. Außerdem ist in der ganzen Kirchstraße kaum eine nicht zertrümmerte Fensterscheibe zu finden. Die Entstehungsursachen des Unglücks liegen noch immer nicht klar. Es scheint, daß es sich um eine Gasexplosion gehandelt hat, die so verhängnisvolle Dimensionen annahm, weil in den Kellern zweier in dem Hause untergebrachter Firmen Petroleum und Benzin lagerten. Im ganzen sind mehr als 30 Familien obdachlos geworden. Zum Teil ist ihre gesamte Habe zerstört. Viele von den Betroffenen sind nicht versichert.

Schießerei mit einem Einbrecher. Berlin. Am Sonnabend nachmittag wurde, wie die Blätter berichten, in Berlin ein Wohnungseinbrecher von einer zurückkehrenden Bewohnerin überrascht. Auf ihre Hilferufe eilte der im Hause wohnende Tischlermeister Strauch herbei, der von dem fliehenden Verbrecher durch zwei Schüsse schwer verletzt wurde. Andere Leute versperrten dem Fliehenden den Ausweg aus dem Hause. Der Einbrecher schoß sich hierauf in den Kopf; seine Verletzung ist aber nicht gefährlich. Er wurde als Polizeigefangener ins Krankenhaus gebracht. Der schwerverletzte Tischlermeister wurde einem Krankenhause zugeführt.

Lustmord an einem siebenjährigen Mädchen. Braunschweig. In einer Schrebergartenlaube fand man am Montag die Leiche eines seit Sonnabend vermißten siebenjährigen Mädchens. Es wurde festgestellt, daß an dem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden war. Nach Verübung des Verbrechens ist das Kind wahrscheinlich durch mehrere Schläge mit einem stumpfen Instrument auf den Kopf, wodurch das Gehirn zum großen Teil freigelegt wurde, getötet worden.

Die Rettungsaktion im Finnischen Meerbusen.

Berlin, 19. Januar. Das Linienschiff „Hessen" meldet durch Funkspruch von gestern früh: Der am 15. Januar von vier russischen Eisbrechern bis Kotskaer durchgebrachte Geleitzug von sieben Dampfern ist am 16. d. M. von der „Hessen" bei Kotskaer aufgenommen und gemeinsam mit den russischen Eisbrechern am 16. Januar abends nach Reval gebracht worden. „Hessen" hat den Dampfer „Hans Leonhardt" verproviantiert und noch am 16. d. M. durchs Eis bis Packerort gebracht. Von hier ist er in freies Wasser in die Heimat entlassen worden. Der Geleitzug hat die am 16. d. M. von der „Hessen" gebrochene Eisrinne benützen können und ist auf diese Weise schnell vorangekommen. „Hessen" wird am 18. d. M. den Dampfer „Hornsee" westwärts bringen. Die übrigen Dampfer werden in Reval ihre Kohlen ergänzen und dann westwärts gebracht werden. Es sind dies „Clara Blumenfeld" und „Phila Rheingold", ferner drei russische Dampfer. Am 16. d. M. haben die beiden estnischen Eisbrecher die Ladung des gestrandeten Dampfers „Altengamme" geborgen. Am 17. Januar haben finnische Militärflieger aus Wiborg die noch östlich Hoglandinsel liegenden Dampfer im Eise festgestellt und die Dampfer „Marienburg", „Thorn" und „Neckar" mit Proviant versehen. Die russischen Eisbrecher werden am Mittwoch von Reval auslaufen, um diese bei der Hoglandinsel liegenden Dampfer nunmehr auch aus dem Eise zu befreien. Hierbei wird die „Hessen" weitere Hilfsdienste leisten.

Neue Hochwassergefahr in der Schweiz. Basel. Da die Temperatur in verschiedenen Gebieten der Schweiz bereits wieder über den Gefrierpunkt gestiegen ist, befürchtet man erneut Hochwasser. In der Zentralschweiz (Luzern und Vierwaldstätter-See-Gebiet) hat es bereits gestern geregnet. Da in den Quellgebieten der Flüsse bis zu einem Meter Neuschnee liegt, würde das Tauwetter eine ungeheure Schneeschmelze zur Folge haben. Die durchschnittliche Schneehöhe im schweizerischen Mittelland beträgt 30—40 Zentimeter.

Wolfsplage in Polen. Warschau. Im Gebiete von Wilna ist unter dem Einfluß des starken Frostes eine wahre Wolfsplage eingetreten. Fast täglich laufen Nachrichten von Ueberfällen von Wolfsrudeln auf menschliche Siedlungen ein. In den Vororten von Wilna selbst sind schon Wölfe gesehen worden.

Großfeuer bei Ford. Newyork. Fords äronautisches Laboratorium in Dearborn (Detroit) ist abgebrannt. Vier fertige Ganzmetall-Flugzeuge wurden vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf 800 000 Dollar.

Straßenbahnwagen in den Ohio gestürzt: 14 Tote. Newyork. In Pittsburg stürzte ein Trammagen von der Ohiobrücke. Drei Personen sind tot, 17 gerettet, zum Teil schwer verletzt. Taucher suchen an der Unglücksstelle nach den elf Vermißten.

Geschenk des Meeres

Eine kostbare Perle fischte kürzlich ein 18jähriger Taucher in den südaustralischen Gewässern. Sie war in einer Muschel enthalten und gilt zur Zeit als die kostbarste Perle der Welt. Auf die Nachricht von dem Fund strömten die Händler in Scharen herbei, um dem armen Fischerjungen das seltene Stück für 10 000 Pfund Sterling abzukaufen.

Voraussichtliche Witterung am 21. Januar (Donnerstag). Mäßiger Frost, zeitweise bis Null ansteigend, etwas Schnee, wolkig, zeitweise aufheiternd. Später etwas kälter.

22. Januar (Freitag). Etwas kälter, zeitweise heiter, meist trocken.

Rundfunk

Donnerstag, den 21. Januar:

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.10—10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voransage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4—4.45 und 5—5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdner Rundfunkorchesters. 6.30—6.45 Uhr: Steuerrundfunk. 7—7.30 Uhr: Vortrag (von Jena aus): Dr. Rudolf Lämmel-Dornburg [illegible] 7.30—8 Uhr: Vortrag Dr. K. Schiller von der Leipziger Sternwarte: „Unsere Taschenuhren und ihre Prüfung". 8.15 Uhr: Sinfoniekonzert. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Schluß etwa 10 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach: Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Amnestieantrag Arzt im Landtag angenommen

Landtagssitzung am 18. Januar 1926.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident Winkler mit, daß der Genosse Böttcher entschuldigt der Sitzung fernbleibt. Nach Verlesung der Zusammensetzung des Ausschusses zur Prüfung der Verhältnisse in den sächsischen Gefängnissen erstattet für den Rechtsausschuß der Abgeordnete Fellisch Bericht über einen Antrag Nebrig, betreffend den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes über die Organisation der Behörden für die innere Verwaltung.

Es wird darin die Abertennung der Stimme des Sachreferenten im Kreisausschuß gefordert. Natürlich versucht die Regierung diese Schwächung ihres Einflusses mit zum Teil lächerlichen Mitteln so unter Drohung mit Verärgerung des Referenten zu hintertreiben. Trotzdem hat der Ausschuß diesem Antrag mit Mehrheit zugestimmt.

Der Abgeordnete Blüher hebt lobend hervor, daß der Abgeordnete Fellisch sehr objektiv (das heißt in seinem Sinne) berichtet habe, so objektiv, daß die Ausführungen Fellischs gerade dazu bewegen müßten, gegen den Antrag zu stimmen. (Zuruf bei den Kommunisten.) Blüher setzt sich warm für das Stimmrecht des Regierungsreferenten ein.

Bezeichnenderweise schließt sich Dr. Dehne, der Musterdemokrat, der Argumentation Blühers an.

Ein Regierungsvertreter unterstreicht natürlich die Ausführungen der Vorredner.

Der Deutschnationale Beutler hebt ironisch hervor, daß er erfreut sei, daß er mit den Vorrednern durchaus übereinstimme. Er wundert sich, daß die Sozialdemokratie, die doch eine staatserhaltende Partei (!) sei, einem Gesetz zustimme, das die Staatsautorität herabsetze. Er erklärt, daß seine Fraktion selbstverständlich gegen den Antrag stimmen werde. (Ironisches Bravo! links.)

Im Schlußwort muß der Abgeordnete Fellisch, so schwer es ihm auch fällt, gegen Dr. Dehne und Blüher Stellung nehmen.

Genosse Renner: Die Ausführungen der Abgeordneten Beutler und Blüher zeigen deutlich, daß man unter allen Umständen diesen Antrag verteidigen muß. Der Kreisausschuß ist gewählt, deshalb kann einem Referenten das Stimmrecht nicht zugebilligt werden als Gegengewicht gegen die durch die Wähler beauftragten Mitglieder des Ausschusses. Wir stimmen dem Antrage zu.

In der Abstimmung wird der Antrag mit 45 Stimmen der Linken gegen 43 Stimmen der geschlossenen Bürgerlichen angenommen.

Nun folgt die Beratung eines Antrages Dr. Hertwig, betreffend die Beseitigung des Visumzwanges im wechselseitigen Verkehr mit der Tschechoslowakei. Zur Begründung wird hervorgehoben, daß eine Erleichterung für den Fremdenverkehr sehr vorteilhaft sei. Im übrigen ergeht sich der Antragsteller in wüsten nationalistischen Ausführungen bei der Frage Großdeutschlands. Für die SPD. spricht Schenhar, der für diesen Antrag eintritt.

Genosse Lieberasch hebt treffend hervor, daß es dem Antragsteller gar nicht auf den sachlichen Inhalt ankommt, sondern daß er für ihn nur Gelegenheit bieten soll, eine wüste nationalistische Hetze vom Stapel zu lassen. Dem gegenüber rollt Genosse Lieberasch auf, welchen Verrat die „nationalen" Parteien mit dem Dawes- und Locarnovertrag am deutschen Volke begangen haben und weist auf das Beispiel Sowjetrußlands hin, das unter seiner Führung eine Anzahl verschiedene Nationen ohne jede Beschränkung und Niederhaltung der Kulturen vereinigte und deren Selbständigkeit und Unabhängigkeit sichere. Der Wunsch nach größtmöglichster Erleichterung des Verkehrs zwischen den einzelnen Völkern veranlaßt uns, dem Antrag zuzustimmen. Der Antrag wird angenommen.

Bei der Verkündung der nächsten Tagesordnung beantragt Genosse Renner, den Auflösungsantrag auf die Tagesordnung als 2. Punkt zu setzen unter Hinweis darauf, daß die Wächter der Mehrheit dieses Landtages diese Auflösung noch vor dem Landesparteitag der SPD. verlangen.

Der Vizepräsident Dr. Eckardt fordert Ablehnung. Bei der Abstimmung fehlt der größte Teil der Linken, die wenigen Anwesenden stimmen für den Auflösungsantrag der Kommunisten, die Rechten geschlossen mit den Bürgerlichen dagegen, damit ist der Antrag abgelehnt.

Es folgt die Beratung über die Notverordnung über den Landesfinanzausgleich.

Nach der Berichterstattung durch den Vertreter des Ausschusses wendet sich der Abgeordnete Beutler scharf gegen die Notverordnung, die er als Hohn auf den Sinn der Verfassung bezeichnet. In sehr humoristischer Form macht er vor allem die Volkspartei lächerlich, die der Notverordnung zugestimmt hat, obgleich sie als Vertreterin des Hausbesitzes andere Interessen vertritt. Er erklärt, daß die Volkspartei sich hat „Ohrs hauen lassen". (Finanzminister Dr. Reinhold, der beinahe Reichsfinanzminister geworden wäre, erscheint jetzt auf der Bildfläche, von ironischen Zurufen der Kommunisten begrüßt.)

Abgeordneter Beutler verbreitet sich nun über die „Gefahren, die dem Hausbesitz aus der Wertzuwachssteuer durch die Notverordnung erwachsen." Er erklärt, daß diese Verfassung ungültig ist und daß die Deutschnationalen mit dem Oberverwaltungsgericht bereits verhandelt hätten über eine eventuelle Ungültigkeitserklärung dieser Verordnung, und daß das Oberverwaltungsgericht den Standpunkt der deutschnationalen Fraktion billige! (Hört! Hört! links.) Er beantragt, die Notverordnung abzulehnen. Finanzminister Dr. Reinhold „dreht" sehr geschickt die Ausführungen des Abgeordneten Beutler und verteidigt warm die Notverordnung.

Er weist darauf hin, daß im Zwischenausschuß lediglich die Kommunisten gegen die Notverordnung, die deutschnationalen Vertreter dagegen für diese Verordnung gestimmt haben.

(Genosse Renner erhält nach Denunziation beim Vizepräsidenten nachträglich einen Ordnungsruf für eine in der Debatte gefallene Aeußerung. Die Tribüne bricht in Gelächter aus.)

Nunmehr erhält das Wort Genosse Renner.

Er weist darauf hin, daß die Stellungnahme gegen die Notverordnung zuerst allgemein war, später aber die Volksparteiler sehr schnell umgeschwenkt sind, um nicht die Koalition zu gefährden. Die Kommunisten lehnen grundsätzlich aber auch sachlich wegen der Belastung der Gemeinden die Notverordnung ab. Eine andere Sache ist die Stellungnahme der Deutschnationalen gegen die Wertzuwachssteuer, die nur deshalb erfolgt: weil eine Anzahl deutschnationaler Hausagrarier durch sie getroffen wird, gegen die Notverordnung, dagegen die gar nichts. Uns gefällt die Wertzuwachssteuer auch nicht, aber nur deshalb, weil sie uns nicht weit genug geht. Wir wollten den Bodenspekulanten das Handwerk gründlich legen und glauben, daß für die Inflationsaufkäufer von Häusern 30 Prozent viel zu wenig Belastung sind. Wir schlagen vor, die Notverordnung bis zum 31. März zu befristen und dann eine Regelung zu treffen, die vorteilhafter für die Gemeinden und nachteiliger für die Bodenspekulanten sei. Wir werden dann dazu die entsprechenden Vorschläge machen. (Bravo links.)

Der Abgeordnete Blüher versucht die schwankende Haltung der Volkspartei zu verteidigen.

Nach weiteren Ausführungen Reinholds wird die Debatte geschlossen.

Nach einer persönlichen Erklärung des Abgeordneten Beutler folgt auf Antrag namentliche Abstimmung, nachdem der Antrag Beutler, die Notverordnung abzulehnen, abgelehnt worden ist, über den 2. Antrag Beutler, die Notverordnung zu befristen. Dieser wird mit 45 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Für diesen Antrag stimmen geschlossen die Deutschnationalen, die Kommunisten und von der SPD. der Abgeordnete Edel. Alle übrigen stimmen für die Notverordnung ohne Befristung.

Die Amnestieanträge

Nach einer kurzen Berichterstattung des Ausschußvertreters spricht Genosse Renner ausführlich als Minderheitsberichterstatter, die Ablehnung der Minderheitsanträge und Annahme der Notverordnung betr. zu den kommunistischen Anträgen zur Notverordnung der Regierung und weist nach, daß die Amnestieverordnung den Wünschen der Mehrheit des sächsischen Volkes nicht entspricht, er empfiehlt Annahme der Minderheitsanträge, daß der Amnestieantrag der SPD. nur das bringe, was Preußen bereits durchgeführt habe. Der Rechtsausschuß hat deshalb mit Mehrheit beschließen können, weil der Abgeordnete Kühn von der SPD. die Sitzung verlassen hat. Hoffentlich hat die SPD.-Fraktion heute ihre Leute zusammen. Mit einer Annahme des sozialdemokratischen Amnestieantrages aber hat sich für uns der Kampf um die Amnestie noch lange nicht erledigt, wir werden unentwegt unseren Kampf fortsetzen, bis alle Opfer der Klassenjustiz befreit sind. (Bravo bei den Kommunisten.)

Der Deutschnationale Göndel spricht sich als Mitberichterstatter gegen eine allgemeine Amnestie „aus juristischen Bedenken" aus. Sogar die Forderung, die Liste derer zu veröffentlichen, die auf Grund der Notverordnung amnestiert worden sind, soll abgelehnt werden.

Der Sozialdemokrat Fellisch tritt bezeichnenderweise gegen die kommunistischen Anträge auf. (Heftige Unwillenskundgebungen auf der Tribüne.)

Er erklärte, daß der sozialdemokratische Antrag absolut nicht zu vergleichen sei mit den kommunistischen und deshalb bittet er um Annahme.

Justizminister Bünger hebt hervor, daß die Regierung ablehnend den Anträgen gegenüberstehe, da sie gegenstandslos seien, wenn man nicht kriminelle Gefangene befreien wolle. (Zurufe bei den Kommunisten. Von der Tribüne ruft man: „Hallmann".) Er hält den Sozialdemokraten vor, daß sie ja bisher im Ausschuß gar nicht ihre Anträge ausführlich begründet haben (Hört, hört! bei den Kommunisten) und die heutige Haltung widerspreche ja vollständig ihrer bisherigen Haltung (ironisches Sehr richtig! bei den Kommunisten und auf der Tribüne). Das Strafmaß in Sachen sei ohnehin milde genug. (Stürmischer Widerspruch bei den Kommunisten und auf der Tribüne, der Abgeordnete Lieberasch ruft: „Sitzen Sie doch mal die Strafen ab! Stürmisches Gelächter auf der Tribüne. Präsident Winkler ermahnt sofort in drohendem Tone die Tribünenbesucher, Demonstrationen zu unterlassen.) Als Bünger fortfährt, die Notwendigkeit des besonderen Schutzes der Minister vor Beleidigungen hervorzuheben, brechen die Kommunisten in stürmische Zurufe aus. Abgeordneter Lieberasch ruft: „Manchmal läßt ein Minister auch eine Zeitung auflaufen, weil er sich fürchtet, sie zu verklagen!" (Allgemeine Bewegung. Winkler bittet anstelle des Justizministers, fortzufahren.) Bünger ersucht den Landtag, die Notverordnung unverändert anzunehmen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

Nunmehr erhält Genosse Siewert, das Wort als Vertreter der kommunistischen Fraktion. In fesselnder Form teilt er grundsätzlich die Stellung der Kommunisten in der Frage der Amnestie auf.

(Wir bringen diese Rede ausführlich an anderer Stelle.)

Nach ihm erhält Edel das Wort, der sich gegen die Ausführungen des Justizministers wendet, der behauptet hat, daß die Sozialdemokraten noch niemals ausführlich für eine Amnestie Stellung genommen hat. (Edel spricht natürlich nur für die Linken, denn die rechte SPD. hat bisher stets [illegible].)

Die Abstimmung

Die Notverordnung wird einstimmig angenommen.

Die kommunistischen Anträge werden gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der Amnestieantrag Arzt wird mit 49 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten gegen 39 Stimmen der Deutschnationalen, Volkspartei und Demokraten angenommen.

Brand-Erbisdorf

Quittung

Arbeiterfreundliche hiesige Geschäftsleute spendeten dem weggemaßregelten Spielmannszug der „Roten Frontkämpfer", Ortsgruppe Brand-E., den Betrag von 106,50 Mark zur Beschaffung von Instrumenten. Allen Beteiligten proletarischen Dank!

Ortsgruppe des Rot. Frontkämpferbundes Brand-Erbisdorf.

Aus dem Gemeinderat

Wenn wir einen Rückblick auf das verflossene Jahr halten wollen, so deshalb, weil immerhin zwei Beschlüsse von Bedeutung gefaßt wurden. Auf unseren Antrag hin wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Juli 1926 die Lehrmittelfreiheit in den Bürgerschulen einzuführen. Weiter sollte laut Beschluß am 1. Oktober die unentgeltliche kommunale Totenbestattung eingeführt werden. Bis heute ist aber das Ortsgesetz von der zuständigen Aufsichtsbehörde noch nicht genehmigt. Die Sache wird auf die lange Bank geschoben. Die bürgerliche Fraktion hat bei der Aufsichtsbehörde Gehör gefunden, trotzdem wird die Genehmigung erfolgen müssen. In der ersten Sitzung des neuen Jahres wurde Stadtverordn. Grimwald (SPD.) als Vorsteher gewählt mit den Stimmen der KPD. und SPD., Genosse Dudel als erster und Meyer (SPD.) als zweiter Stellvertreter. Schon meldete sich Herr Stadtrat Wollmann (Bürgerl.) und erklärte, es sei eine eigenartige Hochzeit, die heute zwischen KPD. und SPD. stattfinde. Mehrere Genossen begründeten unsere Stellungnahme. Dabei wurde dem Vertreter das Wort entzogen. Eine geforderte Abstimmung ergab, daß unser Genosse weitersprechen konnte. Ja — sie fühlen sich nicht wohl, wenn die Arbeiterschaft in Einheitsfront marschiert, aber das ist das Gebot der Stunde, sonst wird sie von der Bühne der Geschichte als selbständiger Faktor weggefegt werden, das bewiesen sehr deutlich die Ausführungen der bürgerlichen Vertreter.

Nachruf!

Am vergangenen Sonntag verschied nach langem schweren Leiden unser Parteigenosse

Fritz Müller, Zittau.

Wir verlieren in ihm einen unserer besten Parteigenossen im Unterbezirk. Unermüdlich war er für die Vorbereitung der sozialen Revolution tätig und er stand überall an erster Stelle.

Ehre seinem Andenken!

(Die Einäscherung findet Donnerstag nachm. 4 Uhr statt.)

KPD. Bezirk Ostsachsen.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von A. Sierafimowitsch.

(13. Fortsetzung.)

Eine Eskadron nach der anderen, in zottigen, mit roten Schleifen geschmückten Fellmützen. Mit Gewehren hinter dem Rücken, mit schwarzen, silberverzierten Dolchen und Säbeln, stechen sie inmitten des allgemeinen Wirrwarrs seltsam in die Augen.

Die tüchtigen Pferde schütteln die Köpfe.

Sie werden sich mit ihren Vätern und Brüdern schlagen. Alles haben sie verlassen: ihre Höfe, ihr Vieh, ihr Haß und Gut — ihre Wirtschaft ist zerstört. Schlanke, gewandte Gestalten, die roten Schleifen, von lieber Hand gebunden, leuchten an den Mützen; mit jungen, starken Stimmen singen sie ukrainische Lieder.

Koschuch betrachtet sie liebevoll: „Tüchtige Burschen, auf euch ruht die ganze Hoffnung." Liebevoll sieht er sie an, aber noch liebevoller — diese in den Staubwolken wandernde abgerissene Menge der Auswärtigen, denn auch er stammt aus ihrem Blut.

Wie einen langen, schrägen Schatten schleppt er seine Vergangenheit nach sich, eine Vergangenheit, die man vergessen, der man sich aber nicht entziehen kann. Eine hungrige, arbeitsvolle, graue, dunkle Vergangenheit — deren Dunkel wie ein finsterer schräger Schatten ist. Die Mutter, noch jung, aber schon mit tiefen Runzeln durchfurcht, wie ein arbeitsüberbürdetes Pferd; ein Haufen Kinder, die sich von allen Seiten an die Rockschöße klammern. Der Vater — seit jeher ein Kosakenknecht — man mag arbeiten soviel man will, man bringt doch nichts zuwege — weder einen eigenen Hof, noch ein eigenes Feld.

Von seinem sechsten Jahre an ist Koschuch Gemeindehirt. Steppe, Schluchten, Schafe, Wald, Kühe, Wolken ziehen darüber hin, und unter ihnen — die Schatten — das war seine Schule.

Als geschickter, gewandter Junge kommt er als Lehrling in den Laden eines reichen Dorfhändlers, lernt nach und nach Lesen und Schreiben; dann kommt die Soldatenzeit, der Krieg, die türkische Front. Er ist ein ausgezeichneter Maschinengewehrschütze. In den Bergen brachte er seine Maschinengewehrabteilung in den Rücken des Feindes, und als die türkische Division sich zurückzuziehen begann, bearbeitete er sie von oben mit seinen Maschinengewehren — wie Gras mähte er sie nieder, das heiße, lebendige Blut stieg dampfend auf — niemals hätte er früher gedacht, daß menschliches Blut in Bächen fließen kann — aber das war türkisches Blut, und das vergaß man bald.

Als Auszeichnung für seine unerhörte Tapferkeit schickte man ihn in die Offiziersschule. Das war verdammt schwer! Der Kopf war zum Platzen. Aber mit stierhafter Hartnäckigkeit kämpfte er sich durch, Tag und Nacht, und — fiel durch. Die Offiziere lachten ihn aus, die Offiziere der Anstalt, die Professoren und Junker: Dieser Bauernflegel will ein Offizier werden! Dieses stumpfsinnige Gesindel! Ha-ha-ha — ein Offizier will er werden!

Er haßte sie schweigend, mit zusammengebissenen Zähnen. Man schickte ihn als unbefähigt in das Regiment zurück.

Und wieder Granaten und Schrapnells, tausend Tote, Blut, Stöhnen und wieder seine Maschinengewehre (er hatte ein erstaunliches Auge). Wie mit der Sense gemäht, legten sich die Menschen nieder. Unter menschlicher Spannung, unter fortwährendem Tod, der um die Köpfe raste, dachte man nicht daran, wessen Blut in Bächen fließt, in wessen Namen es fließt: Für Kaiser für Vaterland, vielleicht für den rechten Glauben? Aber das war alles Nebensache. Deutlich war das eine Gefühl: Herauskommen um jeden Preis aus dieser Welt von Blut und Klagen, emporkommen, wie er aus einem Hirtenjungen ein Ladenjunge geworden war. Und ruhig, mit steinernen Kinnladen inmitten der krepierenden Geschosse, arbeitete er weiter, wie bei sich zu Hause auf dem Feld, auf der Wiese, wenn er Gras mähte.

Zum zweiten Male schickt man ihn in die Offiziersschule: Es fehlt an Offizieren, im Kampf fehlt es immer an Offizieren, und in Wirklichkeit nimmt er ja schon lange die Stelle eines Offiziers ein; er befehligt zuweilen bedeutende Truppenteile — einen Mißerfolg, eine Niederlage konnte man ihm nicht nachsagen, denn die Soldaten betrachteten ihn als ihren eigenen Mann, denn auch er kam von der Erde, von den Feldern. Und sie folgten ihm rückhaltlos, diesem stämmigen Mann mit den steinernen Kinnladen, gehen ins Feuer und Wasser. In wessen Namen — für den Kaiser, für das Vaterland, für den Glauben? Es mag sein. Aber das alles verschwindet im blutigen Nebel; zurück kann man nicht; dort droht Erschießung, also lieber vorwärts, lieber ihm, diesem ruhigen, starken Bauern folgen.

Wie schwer das ist, wie qualvoll schwer! Der Kopf platzt einem: es ist viel schwerer, sich die Dezimalbrüche anzueignen, als in den Tod zu gehen.

Die Offiziere schütteln sich vor Lachen; die Offiziere, die nötigen und unnötigerweise in der Schule stecken. Die Schule ist ja ein ruhiges, behagliches Plätzchen, viel bequemer als die Front, und es findet sich immer ein Posten, den wohlwollende Menschen freihalten. Die Offiziere schütteln sich vor Lachen: Ungehobelter, schmutziger Bauer! Will er ein Offizier werden! Und so schwer man es ihm auch machte — seine Antworten bei der Prüfung waren richtig.

Und doch, und doch . . . man schickte ihn als unbefähigt in das Regiment zurück.

Aufflammende Blitze der Geschütze, explodierende Schrapnelle, das seelenlose Knattern der Maschinengewehre, ein blutig feuriger Wirbelsturm, „und Tod und Hölle von überall" — und er ist wie zu Hause, arbeitet gelassen wie der Bauer auf seinem Felde.

Wie ein fleißiger Bauer, hartnäckig wie ein Stier, schwer wie ein Steinblock; nicht umsonst ist er ein Ukrainer, die Stirn hängt schwer über den winzigen, graustechenden Augen.

Für seine ruhige, fleißige Arbeit in diesem Todesbetrieb wird er zum dritten Male in die Offiziersschule geschickt.

Schon wieder?! Die Offiziere lachen. Und . . . schicken ihn als unbefähigt ins Regiment zurück.

Da kommt aus dem Generalstab ein gereizter Befehl: Koschuch sofort als Fähnrich zu entlassen — es fehlt an Offizieren!

Hoh — Hoh! Es fehlt an Offizieren: In den Schlachten, aber nicht im Hinterlande.

Verächtlich stellte man ihm das Attest aus. Er kehrt zu seiner Kompagnie zurück — auf seinen Schultern funkelt es: er hat's erreicht. Und er freut sich, und auch wieder nicht.

Freut sich: denn er hat's erreicht, erreicht mit seinem schweren, übermenschlichen Willen. Freut sich nicht: denn die funkelnden Achselklappen trennten ihn von den Seinen, von den Vertrauten, von den Bauern und Soldaten. Sie trennten ihn von den Soldaten, aber sie brachten ihn den Offizieren nicht näher: Um Koschuch bildete sich ein leerer oder Kreis.

(Forts. folgt.)

Aus den Gewerkschaften

Polizei- oder Gewerkschaftsspitzel?

Gewerkschaftstag! Die Parteigenossen und Parteigenossinnen leisten zu 100 Prozent mehr als bisher dem Rufe der Partei Folge. Während der Diskussion in der Versammlung tritt plötzlich ein der Fraktion völlig unbekannter Genosse auf und erklärt mit radikalen Worten, er wolle die Arbeit der Gewerkschaftsopposition organisieren. Einige Kartothekkarten werden durch die Fraktion auf ihre Richtigkeit hin geprüft. Unser „Genosse" hat schon flugs die Finger drauf, um sie abzuschreiben zwecks „Organisation". Am Schlusse der Versammlung frägt er noch die leitenden Genossen, welche Funktionen sie denn eigentlich ausüben. Das macht vollends stutzig. Die Frage, ob er überhaupt in der Partei ist, beantwortet er: „Ich bin viel weiter links, ich bin nicht in der Partei!"

Ob Spitzel oder nicht, Dummheit oder Frechheit solcher Helfer, Genossen, seid gewarnt! Hundertmal Vorsicht mit Adressenmaterial. Nur einem zuverlässigen und festen Genossen solche wichtige Dokumente in die Hände geben.

Der Lohnkampf der Eisenbahner beendet

Der Schandschiedsspruch für verbindlich erklärt.

„Wenn es auch nur ein Brot pro Woche ist, was die Eisenbahner erhalten haben, so haben sie das nur ihrer Gewerkschaft zu danken."

(Der „Deutsche Eisenbahner" Nr. 2 vom 10. 1. 26.)

Obige Worte sind die Begründung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands für seine Zustimmung zu dem Schandschiedsspruch, der auf Grund eines Antrages des Einheitsverbandes vom Reichsarbeitsminister am 16. Januar für verbindlich erklärt wurde. Die Verbindlichkeit dieses Schiedsspruches bedeutet, daß sich die Eisenbahner bis zum 1. Mai 1926 mit den am Schiedsspruch vom 29. Dezember 1925 gefällten Hungerlöhnen zufrieden geben sollen. Einen Pfennig Lohnerhöhung erhalten die Arbeiter der Lohngruppen 1 bis 5, zwei Pfennig die der Lohngruppen 6 und 7, wenn sie das 24. Lebensjahr erreicht haben. Von einem Erfolg dieses Lohnkampfes zu sprechen, bedeutet die gleiche Provokation den Eisenbahnern gegenüber, wie der Schandschiedsspruch selbst. Oder betrachtet der Hauptvorstand des Einheitsverbandes es ebenfalls als einen Erfolg, daß auf Grund des Schiedsspruches die Bestimmungen des § 6 Ziffer 6 und § 7 Ziffer 3 des Lohntarifvertrages, die festlegen, daß in Krankheitsfällen die Frauen- und Kinderbeihilfen weiter bezahlt werden, in Wegfall ...

Zur Beendigung dieses Lohnkampfes macht es notwendig, Mängel und Fehler der Bewegung festzustellen und den Eisenbahnern zu zeigen, daß sie eine andere Taktik bei ihren Lohnkämpfen einschlagen müssen. Die Versuche, die Frage der Lohnerhöhung bezirklich zu regeln, bedeuten eine Zersplitterung der Kräfte der Eisenbahner. Eine derartige Regelung hätte vom Einheitsverband nicht nur abgelehnt, sondern schärfstens bekämpft werden müssen. Wochenlang versuchte die Reichsbahn-A.-G. die Verhandlungen zu verschleppen. Von der stärksten Eisenbahnerorganisation, dem Einheitsverband, wurden auch hier nicht alle Mittel angewendet, um diesem verbrecherischen Spiel der Reichsbahnhauptverwaltung ein Ende zu bereiten. Die Mobilisierung der Massen in Betrieb und Werkstätten der Reichsbahn geschah so gut wie nicht. Die Oeffentlichkeit war nicht unterrichtet von den miserablen Löhnen und der 12- bis 14stündigen Arbeitszeit der Eisenbahner und dem menschenmordenden Akkordsystem, das bei der Reichsbahn herrscht. So wie die Beamtenorganisationen ihre Mitglieder zu Demonstrationen aufgerufen haben, so mußte es auch der Einheitsverband der Eisenbahner tun. Die bescheidensten Forderungen waren vollständig unzulänglich und entsprachen keineswegs den Beschlüssen, die die Eisenbahner in ihren Versammlungen gefaßt hatten. Statt 15 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde wurden bei den Schlichtungsverhandlungen nur 6 Pfennig gefordert. Die Forderung auf Wiedereinführung des Achtstundentages, Verringerung der Lohngruppen von 7 auf 5 und Beseitigung der Dienstdauervorschriften wurde ganz fallen gelassen. Diese Nichtbeachtung der Beschlüsse muß eine Lehre für die Eisenbahner sein, damit sie den Druck auf ihren Hauptvorstand verstärken, um der Diktatur der Verbandsspitzen ein Ende zu bereiten.

Doch die Schuld, daß der Schandschiedsspruch verbindlich erklärt werden konnte, liegt zum Teil mit an den Eisenbahnern selbst. Hunderttausende von ihnen kehrten der freigewerkschaftlichen Organisation den Rücken. Ein anderer Teil blieb wohl Mitglied in den freien Gewerkschaften, bekümmerte sich jedoch nicht um die Organisationsarbeit. Dadurch wurde die Macht der Gewerkschaften geschwächt und es dem Unternehmertum erleichtert, mit den rücksichtslosesten Mitteln seine Pläne durchzuführen. Dies zeigt sich besonders bei der Eisenbahn, so seit zwei Jahren Massenentlassungen von Arbeitern und Beamten stattfinden. Dieser stete Druck der Reichsbahn auf die Eisenbahner, die Angst, ebenfalls auf die Straße geworfen zu werden, Hunger und Elend preisgegeben zu sein, lähmte den Kampfgeist vieler. Willenlos nahmen sie alles hin, was die Reichsbahn-Hauptverwaltung von ihnen verlangte. 14 bis 16 Stunden stehen sie täglich im Betrieb und dulden, daß die Reichsbahn-Hauptverwaltung das Mark aus ihren Knochen saugt.

304 Millionen Mark Reingewinn hatte die Dawesreichsbahn in ihrem ersten Geschäftsjahr zu verzeichnen, und weitere 315 Millionen konnten von ihr als Reparationsleistung abgeführt werden. Es ist deshalb eine Lüge und Niederträchtigkeit, wenn die Reichsbahn behauptet, daß die von den Eisenbahnern gestellten Forderungen für sie nicht tragbar gewesen sind. Daß die Reichsbahn Geld hat, geht aus folgendem Schreiben hervor:

Deutsche Reichsbahngesellschaft. Der Generaldirektor.
36.51 288.2/26. Berlin, 7. 1. 1926.

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Für Ihre gefällige Mitwirkung als Arbeitgeberbeisitzer in den letzten Schlichtungsverhandlungen über den Lohnstreit zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den bei ihr beschäftigten Arbeitnehmervereinigungen spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus.

Darüber hinaus gestatte ich mir, Ihnen eine Fahrt auf den Strecken der Deutschen Reichsbahngesellschaft nach einem Ort und für eine Zeit nach Ihrer Wahl zur Verfügung zu stellen und bitte, Ihre Wünsche zur gegebenen Zeit dem zuständigen Referenten der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Reichsbahndirektor Krauthoff, den ich hiervon verständigt habe, zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

An Herrn Ministerialrat Dr. Schilling,
Reichsfinanzministerium Berlin.

An Herrn Referenten 8.

Abschrift mit dem Ersuchen, dem Herrn Ministerialrat Dr. Schilling auf Anfordern einen MEK-Fahrschein für die erste Wagenklasse zu überweisen.

Deutsche Reichsbahngesellschaft.
Für den Generaldirektor: Dorpmüller."

Der Herr Ministerialrat erhält nicht nur den verbindlichsten Dank von dem Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft, sondern auch noch einen **Freifahrtschein 1. Klasse, weil er bei den Schlichtungsverhandlungen das Interesse der Reichsbahngesellschaft besonders gut vertreten hat.** Dieses Dokument zeigt aber auch die **Parteilichkeit** der Schlichtungsausschüsse und dürfte manche Illusion, die noch in den Köpfen der Eisenbahner besteht, beseitigen.

Die Kämpfe, die den Eisenbahnern bevorstehen, werden die bis jetzt geführten an Schärfe weit übertreffen.

Aber nur die Erkenntnis, daß der rücksichtsloseste Kampf gegen die an der Spitze der Unternehmeroffensive stehende Reichsbahn-A.-G. geführt werden muß, wird den Eisenbahnern Erfolg bringen. So wie die Eisenbahner vom Februar 1922 geschlossen den Kampf aufgenommen haben und ihr Ziel erreicht hätten, wenn ihnen nicht die Spitzenorganisationen in den Rücken gefallen wären, so müßten auch jetzt wieder Eisenbahner, Verkehrsarbeiter und Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammenstehen, in einer Front kämpfen für die Durchsetzung ihrer Forderungen, für die Beseitigung des Kapitalismus und für die Schaffung eines sozialistischen Arbeiter-Deutschlands.

Aus der Metallarbeiterbewegung

Aus dem vorliegenden Bericht für den Monat Dezember 1925 ist ersichtlich, daß in der **Mitgliederbewegung** ein kleiner Rückgang eingetreten ist. Die Zahl ist von 29 389 auf 29 277 gesunken. Der geringe Rückgang ist auf die eingetretenen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen.

Seit Beginn des Jahres 1925 bis Schluß ist die Mitgliederzahl von 25 228 auf 29 277, also um rund 4000 gestiegen. Die **Beitragsleistung** beträgt für 1925 für jedes Mitglied und Jahr 51 Beiträge.

Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich von 1350 auf 2316. Dazu kommen noch rund 12 000 Kurzarbeiter, von denen rund 5000 nur die Hälfte der normalen wöchentlichen Arbeitszeit arbeiten.

Beim **öffentlichen Arbeitsnachweis**, Abt. Metallindustrie, waren gemeldet: Am 30. November 1925 1705 männl., 177 weibl., gleich 1882 Arbeitslose; am 31. Dezember 1925 2432 männl., 219 weibl., gleich 2651 Arbeitslose. Zunahme: 769.

Lohnbewegungen von Bedeutung fanden nicht statt. Der Manteltarif für die Metallindustrie ist bereits Anfang November für den 31. März 1926 gekündigt worden.

Verhandlungen haben noch keine stattgefunden.

Die Arbeitgeber wollen eine **bedeutende Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse**, tägliche Arbeitszeit 10 Stunden, **Abschaffung der Ferien**, Verschlechterung der Akkordverhältnisse u. a. m. erreichen.

Sitzungen und Versammlungen fanden im Dezember 202 statt. 1925 fanden insgesamt 2047 Sitzungen, Versammlungen usw. mit einer Teilnehmerzahl von 103 862 statt.

Post-Ein- und Ausgänge waren im 4. Quartal 1925 26 952 zu verzeichnen. **Im Jahre 1925 zusammen 73 882 Ein- und Ausgänge.** Darunter 15 623 Brief- und 42 767 Drucksachen-Ausgänge. Die Portoausgaben betrugen im 1. Quartal 25 525,01, im 2. Quartal 642,88, im 3. Quartal 1005,55 und im 4. Quartal 1030,48, zusammen 3203,92 RM.

Aus dem mitveröffentlichten Kassenbericht sind folgende Zahlen von Interesse:

Im Jahre 1925 betrugen die **Einnahmen für die Hauptkasse** für Beiträge und Eintrittsgelder rund 800 000 RM., die **Ausgaben** rund 475 000 RM., darunter an Unterstützungen rund 300 000 RM. An die Hauptkasse wurden 320 000 RM. gesandt. **Die Lokalkasse** hatte eine Einnahme von 315 000 RM. und eine Ausgabe von rund 250 000 RM. zu verzeichnen.

Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1925 32 925 RM. und am 31. Dezember 1925 128 700 RM.

Kellnerversammlung

In der Nacht vom Montag zum Dienstag fand eine Kellnerversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten statt. Auf der Tagesordnung stand: Jahresbericht und Branchenversammlung. Zum ersten Punkt berichtete der Gewerkschaftsbeamte Starke über die Lage der Angestellten im Gastwirtsgewerbe. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die Lage der Angestellten im Gastwirtsgewerbe sich infolge der Wirtschaftskrise außerordentlich verschlechtert habe und die Organisation gegenwärtig nicht in der Lage sei, infolge der Ungunst der Verhältnisse etwas Besonderes zu tun. Unter Punkt Allgemeines wurde ein Antrag eingebracht zwecks Wahl eines gewerkschaftlichen Erwerbslosenrates. Mit Händen und Füßen stemmten sich Starke sowohl als auch Steglich und der Kellner Burkhardt gegen die Annahme dieses Antrages. Als Burkhardt merkte, daß die Versammlung trotz seiner Dummreden doch geneigt war, diesen Antrag anzunehmen, erklärte er einfach, über diesen Antrag nicht abstimmen lassen zu wollen. Als ihm das jedoch nicht gelang und die Versammlung dem Antrag mit großer Mehrheit ihre Zustimmung gab, erklärte Burkhardt, dieser Antrag wandere ja doch in den Papierkorb. Zum Schluß der Versammlung bedauerte Burkhardt noch, daß die erste Versammlung im neuen Jahre mit einem solchen energischen Auftreten der Opposition ihren Abschluß finde. Er könne es nicht verstehen, daß auch die Kellner begreifen, daß sie herauskommen müssen aus dem alten gewerkschaftlichen Trott, wenn sie ihre Lage verbessern wollen.

Gegen den Raubzug der Fürsten

Die am 17. Januar stattgefundene Hauptversammlung der Holzarbeiter in Pirna nahm nach reichlicher und sachlicher Diskussion folgende Resolution einstimmig an, die an die Reichstagsfraktionen der SPD. und KPD. überwiesen wurde.

„Gegen den Raubzug der Fürsten.

Die am 17. Januar 1926 im Volkshaus Pirna tagende Hauptversammlung der Holzarbeiter bringt gegenüber dem ungeheuren Raubzug der Fürsten ihren schärfsten Protest zum Ausdruck. Die Versammelten empfinden die Entschädigung abgedankter Fürsten und Könige durch Hunderte von Goldmillionen und die Zubilligung gewaltiger Bodenwerte als eine dreiste Herausforderung aller Republikaner. Sie fordern die unverzügliche Einleitung von Schritten zur Durchführung des Volksentscheids zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten. Die den Fürsten zugedachten Werte sind in den Dienst der Sozialpolitik zu stellen."

Die Hauptversammlung beschäftigte sich weiter damit, daß der Verlag des ADGB. das „Neue Testament" vertreibt. Die Versammlung nahm zu diesem Verhalten folgende Entschließung einstimmig an:

„Die organisierten Kollegen der Zahlstelle Pirna des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen des Verlages des ADGB., der das „Neue Testament" als Buch mit ethischem Wert bezeichnet und herausgegeben hat und damit die Arbeiterschaft in ihrem Befreiungskampf schädigt. Die Kollegen fordern energisch die sofortige Einstellung des Vertriebes religiöser Verdummungsschriften."

Die Radeberger Gemeindearbeiter gegen die Fürstenabfindung

Eine gutbesuchte Generalversammlung der Gemeindearbeiter in Radeberg am 16. Januar, die von allen in der SPD. und KPD. organisierten Kollegen vertreten war, befaßte sich neben dem Geschäftsbericht noch mit den Berichten des Kartells und dem Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Unter diesen Punkten der Tagesordnung wurde auch die Neuwahl des Filialvorstandes vorgenommen. Die KPD.-Genossen wurden zum Teil einstimmig, zum Teil mit Mehrheit wiedergewählt. Als Kartelldelegierter ging wiederum Genosse Kaulfuß einstimmig aus der Wahl hervor. Genosse Kaulfuß berichtete aus dem Kartell, daß sich dasselbe auch mit den Erwerbslosenfragen beschäftigt habe und auf dem Standpunkt stehe, daß die Erwerbslosen, Kurzarbeiter und auch die im Betrieb Stehenden zusammengehen müssen, um die Erwerbslosenfrage zu lösen. Um die Arbeiterschaft auf einer gemeinsamen Plattform zu sammeln, soll am Dienstag, den 19. Januar, abends im „Deutschen Haus" eine Versammlung stattfinden, in der alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingeladen werden, gemeinsam die Erwerbslosenfrage zu besprechen. Das Ortskartell hat einstimmig eine Resolution angenommen, die vom Reichstag die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung fordert. Zum Punkt „Lohnverhandlungen" berichtete der Gauleiter Preißler-Dresden. Die Versammlung trat einmütig für Urabstimmung ein. Sodann nahm die Versammlung Stellung zu der Abfindung der Fürsten und verlangte in einer Resolution von den politischen Parteien, von der SPD. und KPD., sowie vom ADGB., daß sie sich gegen jede Abfindung der Fürsten und für die entschädigungslose Enteignung durch den Volksentscheid einsetzen. Die Resolution wurde an die Landtagsfraktionen der KPD. und SPD., sowie auch an den Ortsausschuß des ADGB. gesandt.

Letzte Telegramme

Erbitterte Lohnkämpfe in Frankreich.

Paris, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In der Automobilfabrik Citroen, in der 500 Monteure wegen Lohndifferenzen die Arbeit niederlegten, wurde die Belegschaft mehrerer Betriebe in der Höhe von etwa 18 000 ausgesperrt.

Krassin in Paris.

TU. **London**, 19. Jan. Der Sowjetbotschafter in London, Krassin, ist vor dem Wiederantritt seines Postens in Paris zu kurzem Aufenthalt eingetroffen.

Beilegung des russisch-schweizerischen Konflikts?

TU. **Paris**, 20. Jan. Nach Meldungen aus Moskau soll der schweizerische Gesandte in Berlin ermächtigt werden sein, mit dem Sowjetbotschafter Besprechungen über die Beilegung des russisch-schweizerischen Streitfalles zu eröffnen. Es wird bestätigt, daß die Sowjetregierung den Zwischenfall als beigelegt ansieht, wenn die Schweiz offiziell ihr Bedauern über die Ermordung Worowskis ausdrückt.

Schiffskatastrophe auf dem Schwarzen Meer.

Bukarest. Auf dem Schwarzen Meer herrschte am Montag ein starker Orkan. Der Kreuzer Sawidie traf auf hoher See Trümmer des türkischen Dampfers Enup an. An der Mastspitze hatten sich vier Personen, darunter zwei Söhne des Kommandanten, festgeklammert. Sie gaben an, daß der Dampfer Enup mit einer Ladung von 400 Ochsen auf der Fahrt vom Bosporus nach Sinop von dem Orkan überrascht und vollständig zertrümmert worden sei. 21 Mann der Besatzung fanden den Tod in den Wellen. Die vier Geretteten hatten zehn Stunden lang mit den Wellen gekämpft.

Neue Beschießung von Damaskus.

TU. **Berlin**, 20. Januar. **Der Lokalanzeiger meldet aus London: Nach Berichten aus Jerusalem ist Damaskus von neuem von den Franzosen beschossen worden. Unter den Eingeborenen des Shagourviertels sind schwere Verluste zu verzeichnen.**

Tschang marschiert auf Peking.

TU. **Berlin**, 20. Jan. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus London befinden sich die Truppen **Tschangtsolins in einer großen Schlacht in der Gegend zwischen südlich Mukden und Schanhaikwan und dringen siegreich gegen Peking vor. Nach einer Meldung anderer Morgenblätter aus Peking haben die Truppen Tschangs Schanghai besetzt.**

Arbeitersport

Die Frauen und der Sport

Die letzten Jahre haben das weibliche Geschlecht auch auf dem Gebiete des Sportes einen großen Schritt vorwärts gebracht. Wenn wir die Erfolge unserer Sportlerinnen auf der im vorigen Jahre stattgefundenen Olympiade der Arbeiterschaft betrachten, so finden wir das bestätigt. Aber nicht nur beim Sport auf grünem Rasen, sondern auch beim Sport im Wasser, beim Schwimmen, sind die Erfolge des weiblichen Geschlechts gute. Das gleiche gilt auch vom Geräteturnen. Wenn wir wenige Jahre zurückdenken: ein Mädchen oder eine Frau beim Geräteturnen, beim Sporteln — ganz undenkbar. Und heute? Ja, so muß es sein. Ein gesunder Geist nur im gesunden Körper, gilt auch für das weibliche Geschlecht. Mehr denn je müssen sich unsere Frauen und Mädchen auf grünem Rasen, in der Turnhalle betätigen. Es gilt gegen allerhand Krankheiten vorzubeugen. Ein durch Leibesübungen gestählter Körper kann den Krankheitskeimen viel besser Widerstand leisten, als ein Körper, der verhätschelt und verwöhnt ist.

Es gibt verschiedene Gründe, die von den Frauen und Mädchen für ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber den Leibesübungen angeführt werden. Vielleicht sind bei manchen diese Gründe zutreffend. Bei den meisten jedoch bestimmt nicht. Die Entschuldigungen der Frau mit der vielen Hausarbeit mögen bis zu einem gewissen Grade berechtigt sein, aber doch nicht so sehr, daß man sagt: Ich habe keine Zeit. Man kann, wenn man will, sich immer für einige Stunden in der Woche freimachen. Aber noch ein anderer Faktor fällt ins Gewicht. Sittliche Bedenken, die falschen Erziehungsmethoden (getrennt nach Geschlecht), die sind es, die dem weiblichen Geschlecht die Ausübung des Sportes vielfach versperren. Es paßt sich nicht für das Mädel, für die Frau, Sport zu treiben — so und ähnlich lautet es.

Es muß Aufgabe aller Turn- und Sportgenossen sein, daran mitzuarbeiten, daß diese Vorurteile fallen. Je mehr das weibliche Geschlecht sich auf dem Gebiete der Leibesübungen in unseren Reihen betätigt, desto mehr wird der Gedanke des Volkssportes in den Reihen der Arbeiterklasse gestärkt. Das junge Mädchen, das selbst Sport treibt, wird, wenn es später Mutter wird, mehr Verständnis für sportliche Betätigung aufbringen, als die anderen, die dieser Sache fremd gegenüberstanden, die die Vorteile der Leibesübungen nicht kennen. Mütter, die sich auf dem Gebiete der Leibesübungen selbst betätigt haben, werden ihren Kindern keine Hindernisse in den Weg legen, wenn diese in unsere Turn- und Sportvereine eintreten wollen. Diese Mütter werden es vielmehr mit Freuden begrüßen; denn sie haben ja die Einwirkung der sportlichen Betätigung auf die Gesundheit am eigenen Körper erfahren.

Alle Arbeitersportler müssen aufklärend wirken. Das Verständnis für sportliche Betätigung muß beim weiblichen Geschlecht mehr geweckt werden, damit es in viel weitere Volkskreise dringt. Aber nicht nur die Vorteile, die dem Interesse des Körpers und seiner Gesundung dienen, dürfen uns veranlassen, beim weiblichen Geschlecht mehr für diese Betätigung zu werben. Nein, maßgebend müssen auch die psychologischen, die ethischen Werte sein, die das Weib stark machen, ihm den Weg zeigen, der die Gleichberechtigung mit dem Manne beweist. Sportliche Betätigung stärkt auch den Geist. Unsere Frauen und Mädchen müssen denken, müssen die Zeichen der Zeit verstehen, lernen, in ihnen muß der Gedanke reif werden, daß die Arbeiterklasse nur in der Lage ist, ihre Lebenslage zu verbessern, wenn sie gesunde, starke Kämpfer hat. Und darum nicht nur sportliche Betätigung des männlichen, sondern auch des weiblichen Geschlechts. Hand in Hand an der Gesundung des arbeitenden Volkes mitbeteiligt sein, das muß die Losung sein.

Dresdner Turn- und Sportverein „Fortschritt". Donnerstag den 21. Januar, abends 7 Uhr Turnratssitzung Gasthof Dobritz. Sonnabend den 23. Januar, abends 6 Uhr Lichtbildervortrag für sämtliche Kinderabteilungen „Stadt Amsterdam", Leiner Saal. Abends 8 Uhr in demselben Lokal Unterhaltungsabend mit Lichtbildervortrag für Mitglieder.

„Freie Turner" Zschachwitz. Teilnehmer und Gäste zum Sportfest in Altenberg Abmarsch früh 5 Uhr vom Sportplatz nach Bahnhof Heidenau. Sonntagsfahrkarte Heidenau-Altenberg lösen.

Turn- und Sportverein „Frischauf" Cannersdorf. Freitag nach der Turnstunde: Sitzung aller Turnwarte und Vorturner bei Richter.

Unterportkartell Zauckerode, Weißig und Umgegend. Dem Unterkartell angeschlossenen Vereinen zur Kenntnis, daß Sonntag den 24. Januar, vormittags 9.30 Uhr im Gasthof zu Saalhausen die Generalversammlung des Unterkartells stattfindet. Bis zu diesem Datum müssen die Generalversammlungen der einzelnen Vereine unbedingt stattgefunden haben. Die Jahresprogramme der Vereine müssen in die Versammlung bestimmt mitgebracht werden. Da die Jahresprogramme in Druck gegeben werden sollen, können später eingehende Programme nicht berücksichtigt werden. Es liegt also im eigenen Interesse der Vereine, daß die Programme pünktlich zur Stelle sind. Ferner haben die Vereine die Mitgliederstärke anzugeben, und zwar getrennt, männliche, weibliche und jugendliche. Eventuelle Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens Freitag den 22. Januar beim Vorsitzenden Paul Richter, Weißig bei Freital, Hauptstr. 26b, eingereicht sein. Jeder Verein muß unbedingt durch seinen Delegierten vertreten sein, auch haben die Vereinsvorsitzenden mit zu erscheinen. Da eine wichtige und reichhaltige Tagesordnung zu erledigen ist, wird die Versammlung pünktlich eröffnet, und haben deshalb die Delegierten und Vereinsvorsitzenden pünktlich zur Stelle zu sein.

V. f. u. W., Boxabteilung. Lichtbildervortrag am 22. Jan., 7.30 Uhr abends im Volkshaus, Zimmer 1. Nach dem Vortrag Versammlung.

Pirna

Nicht Mittwoch, sondern Freitag, den 22. Januar 1926, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus:

Berichterstattung über

„Das Leben der russischen Jugend"

durch Jugenddelegierten Haunstein.

Jugendliche und erwachsene Arbeiter! Erscheint in Massen!

Arb.-Radf.-Bund 11. Bezirk, Groß-Dresden. Mittwoch den 20. Januar, 7.30 Uhr Bezirks-Sportausschußsitzung, Frischauf-Schänke. — **Löbtau.** Sonnabend den 23. Januar 15. Stiftungsfest mit Saalräderweihe im Gasthof Wölfnitz, bestehend in Reigen- und Kunstfahren, Radballspielen, Gesang und Tanz. — Sonntag den 24. Januar, vormittags 9 Uhr Sitzung der Verkehrswachtleute, Frischauf-Schänke. Nachmittags 2 Uhr: Familienausflug nach der Erholung, Rähnitz (Bezirksveranstaltung). Treffen am Paulifriedhof (Straßenbahnlinie 12) bei Schnee mit Rodelschlitten. — **Bez. Jugendabteilung.** Sonntag den 24. Januar Unterhaltungsabend im 2. Saal des Keglerheims, Friedrichstraße, mit Theater, Musik und Gesang. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. — **Cotta.** Sonntag den 31. Januar, vormittags 10.45 Uhr, Besichtigung des Landesmuseums Dresden-Neust., Ritterstr. 1, am Finanzministerium. Treffen dem Straßenbahnlinie 7 bis Neustädter Markt.

Versammlungskalender

KJ. Altstadt. Gruppenabend bei Milak 7.30 Uhr Fischhofplatz. Thema: Aus dem Leben Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Gäste sind willkommen.

ZSB. Altstadt. Gruppenabend bei Dießner, Freiberger Straße, um 8 Uhr. Gäste sind willkommen.

KJ. Johannstadt. Gruppenabend Donnerstag den 11. Jan., Lokal Hopfgarten, Ecke Stephanienstraße. Referat von Fröhl über Wirtschaftskrise.

ZSB. Johannstadt. Mittwoch den 20. Januar, 8 Uhr, Liederabend in Sommers Restaurant Stephanien-, Ecke Hopfgartenstraße. Liederbücher mitbringen.

KJ. Striesen. Gruppenabend diesmal Donnerstag den 21. Januar im „Ratskeller", Markgraf-Heinrich-Platz. Referat: Die Entstehung der Kommunistischen Internationale von H. Sindermann. Mitgliedskarten mitbringen.

KPD. Mickten-Radiz. Freitag den 21. Januar, abends 8 Uhr im Ranketschlößchen, Rankestraße, Werbeversammlung der KPD. Sympathisierende sind willkommen! Thema: „Die Bedeutung der Arbeiterführer Lenin-Liebknecht-Luxemburg für das deutsche Proletariat. Referent: Stadtv. Gen. Lade.

KPD., Ortsgruppe Zittau ersucht alle Genossen des Ub. Zittau, sich an der Einäscherung des Genossen Fritz Müller zu beteiligen. Stellen Donnerstag nachmittag 2 Uhr in „Stadt Metz".

KJ. Abteilung 1, Neustadt-Ost. Donnerstag den 21. Jan. Gruppenabend (anschließend Liederabend). Gäste willkommen.

RKB. Radeberg. Freitag abend 7.30 Uhr Jahres-Hauptversammlung in Kuhalts Restaurant.

RKB. Radeberg. Donnerstag abend 7.30 Uhr Leitersitzung bei Kamerad Costrau.

RF. Zittau stellt Donnerstag den 21. Jan., nachmittags 1.30 Uhr bei der Webschule zum Begräbnis unseres verstorbenen Kameraden Fritz Müller. Auswärtige Kameraden, die an der Feier teilnehmen, wollen sich zur genannten Zeit anschließen.

Gem. prol. Freidenker, Bezirk Groß-Dresden. Sonnabend den 23. Januar, 7 Uhr im Volkshaus, Saal 1, Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl der Bezirksleitung, Anträge, Allgemeines. Mitgliedsbuch legitimiert.

Bautzen. Gemeinschaft proletarischer Freidenker und Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Heute, Mittwoch den 20. Januar, abends 7.30 Uhr in der Klosterschänke, großer Saal, Lichtbildervortrag des Gen. Martin Burkhardt, Seeligstadt, über „Buddha und Buddhismus". Eintritt 30 Pf. inkl. Steuer. Gäste willkommen.

Internat. Bund d. Opfer des Krieges u. d. Arbeit, Ortsgruppe Riechtsde.

Am 17. Januar, nachm. ½10 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden unser Genosse

Fritz Müller

im Alter von 38 Jahren.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Theater am Wettinplatz

Allabendlich 8 Uhr:

Er und seine Schwester

Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Bernhard Buchbinder. Musik von Rudolf Raimann

An Sonn- u. Feiertagen 3½ Uhr nachm.:

Wie Klein-Else das Christkind suchen ging!

Weihnachtsmärchen von Th. Lehmann-Haupt. Musik von Julius Lachner

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr

Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Wo ist Schmidt Paul? genannt der Steife

Am Liliengarten, Liliengasse 25

Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr Frühschoppen-Konzert

W. Schuster, Meißen

Görnische Gasse 4

SCHUHWAREN ALLER ART

Holz-, Cord- und Leder-Pantoffel, Holzschuhe, Schaftstiefel, Filzwaren

Kluge Eheleute! Alle sanit. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapper. R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

PEUVAG

Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-A.-G.

Druckerei-Filiale DRESDEN-A., Ostra-Allee

Herstellung sämtlicher Vereins-, Geschäfts-, Propaganda-Drucksachen in modernster u. sauberster Ausführung

Bettnässen

sofort. Abhilfe. Auskunft umsonst. Alter u. Geschlecht angeb.

Institut Zwerenz

München 36

Weinbrand-Verschnitt

½ Liter 1.60 Mk.

WILH. BAEGE

Pirna

Welt-Panorama Bautzen

vom 17. bis 23. Januar

Interlaken, Zermatt, Chamonix.

CAPITOL

Das modernste Lichtspieltheater Dresdens

PRAGER STRASSE 31

Freitag **22.** Januar

ZUM **1.** MALE

DER DEUTSCHE FOXFILM

DIE MÜHLE VON SANSSOUCI

IN DER HAUPTROLLE:

OTTO GEBÜHR

Beginn: **4, ¼7, ½9** Uhr

KRUPSKAJA

MEIN LEBEN

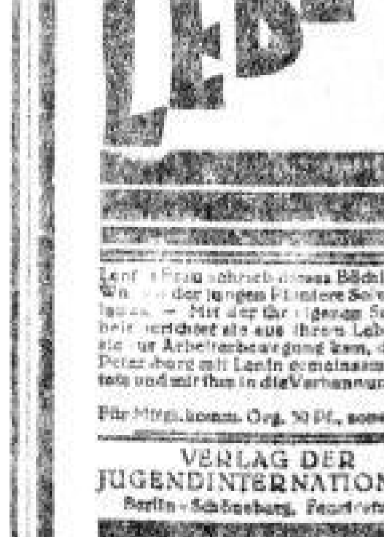
Lenins Frau schrieb dieses Büchlein auf Wunsch der jungen Pioniere Sowjetrußlands. — Mit der ihr eigenen Schlichtheit berichtet sie aus ihrem Leben, wie sie zur Arbeiterbewegung kam, dann in Petersburg mit Lenin gemeinsam arbeitete und mit ihm in die Verbannung ging.

Für Mitgl. komm. Org. 30 Pf., sonst 45 Pf.

VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE

Berlin-Schöneberg

Erhältlich in der Buchhandlung Oswald Grok, Dresden-Altstadt, Röhrhofsgasse 24



Brillen Klemmer

Photo-Artikel

Taschenlampen

Mechanische Spielwaren und Metallbaukasten „Märklin"

H. Stein

Staatlich gepr. Optiker. Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Pirna, Breite Str. 31

ZEISS

Für Herbst und Winter

Neuheiten in Chines. Ziegen grau, braun, weiß, Alaska-, Kreuz- und Rotfüchsen — echt Skunks — Pa. Skunksimitation, amerikan. Opossum zu mäßigen Preisen

Bruno Köper, Freital-Potschappel

Untere Dresdner Str. 109